Groß-Berlin: Freitag, den 15. Mai in allen Unterbezirken Mitgliederversammlungen

nun Zölle vorgesehen zum Schutze einiger Industrien, die aber schon am 1. Juli in Kraft treten werden. Immerhin ist damit Bresche geschlagen in die Tradition der englischen Freihandelspolitik.

Der herannahende Zeitpunkt des Inkrafttretens der Schutzzölle ist wahrscheinlich die Ursache, daß in den letzten Wochen die englische Arbeitslosenziffer verschiedentlich sank. Die Industriepatrioten, die vom Staat Hilfe fordern, führen in demselben Augenblick noch recht viele Ware und Rohstoff ein, um die Zölle zu sparen, d. h. um sich auf Kosten des Staates zu bereichern. Die Widersprüche des Kapitalismus sind aber unlösbar und müssen sich notwendig zuspitzen mit der Erstarkung der Kolonialindustrien und den Anstrengungen Amerikas, dem europäischen Schicksal zu entrinnen. Die oben erwähnten Stahlimporte, die, rein äußerlich gesehen, noch im Jahre 1925 naturnotwendig zur Katastrophe führen müßten, sind natürlich zu einem sehr großen Teil Angstkäufe vor den drohenden Schutzzöllen. Das Kapital wünscht die Schutzzölle, um sich die Konkurrenz vom Leibe zu halten; selbst wünscht es seine Rohstoffe etc. zollfrei zu kaufen. Normal würde England so viel Stahl nicht einführen, denn der Absatzmangel ist die Triebkraft der Schutzzollbewegung.

Der englische Marsch den Schutzzöllen entgegen, ist umso bemerkenswerter, als gegenwärtig so ziemlich die ganze kapitalistische Welt in Verhandlungen liegt um Zollermäßigungen, Handelsverträge u. Meistbegünstigungen. Zolltarife von solcher Schutzfähigkeit wie sie das englische Kapital gegenwärtig anstrebt (bis 33⅓ v. H.), werden dem englischen Mutterlande nichts helfen. Denn Englands Industrie ist auf Ausfuhr angewiesen und muß mit absatzhemmenden Gegenmaßregeln seiner Kundenländer rechnen. Einige schützende Wirkung für die Industrie könnten englische Schutzzölle nur haben, wenn die Kolonien in die Zolleinheit einbezogen würden. Hier stößt der britische Kapitalismus aber auf ein größeres Dilemma, als er es durch die Schutzzölle zu beseitigen gedenkt. Für die Kolonien bedeuteten Schutzzölle Erstarkung der eigenen Industrie und Garantierung des heimischen Marktes gegen die nicht englische Industrie. Der Widerstand der nichtkolonialen Industrien aber würde wohl kaum geschwächt. Die Entwicklung der englischen Kolonialindustrie würde dem insularischen Mutterlande wohl für einige Zeit Steuerquellen erschließen. Kolonie aber bleibt ein Staatswesen nur solange, bis es kapitalistisch erschlossen ist. Das Beispiel der jetzigen Vereinigten Staaten von Amerika — der einstigen englischen Kolonie — wird wohl auch in England noch nicht vergessen sein.

Die Windung des englischen Kapitalismus sind Symptome der Todeskrämpfe des alten Kapitalismus überhaupt. Nicht alleine in England versucht sich das Kapital von der beklemmenden Atemnot durch Schutzzölle zu befreien. Mehr oder weniger ging kürzlich die Schutzzollbewegung durch die ganze kapitalistische Welt. Wenn heute das Gegenteil, Verhandlungen um Handelsverträge, Meistbegünstigung, Zollerleichterung als wirksamer bevorzugt wird, so nur deshalb, weil das Kapital von der Eindringung in fremde Märkte mehr erhofft als von der vollen Ausnützung des eigenen Marktes. Die bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker, auch soweit sie nicht (aus der Arbeiterbewegung hervorgingen und) Marxisten sind, empfinden ganz instinktiv die Expansionsunmöglichkeit des Kapitalismus ohne kapitalistisch nicht erschlossene Länder. Aber weder die Abschachtelung von der fremden Konkurrenz, noch die Oeffnung der Grenzen wird die Widersprüche lösen, an denen der Weltkapitalismus unheilbar erkrankt ist. Eine Lösung aus dem Labyrinth wird erst gefunden werden, wenn die Profitordnung beseitigt ist. Den gordischen Knoten, in dem das Proletariat vor dem Kapital der Erstickungsgefahr ausgesetzt ist, vermag nur die als Klasse organisierte Arbeiterschaft mit der Gewalt der Revolution zu durchschauen.

Grundbesitzersorgen in Amerika

Es ist in diesen Blättern schon mehrfach darauf hingewiesen worden, besonders damals, als nach dem „Vorwärts" die aufgehende Dollarsonne alle Sorgen von der Stirn des deutschen Proletariers scheuchen sollte, daß eben in dem Lande des Dollars, ganz abgesehen von dem „Mob", auch die großen und kleinen Besitzenden ähnliche Schmerzen haben, wie in der neuen Kolonie, Deutschland.

Wohnungsnot, Mangel an Feuerungsmaterial und zeitweise Ueberlastung des Eisenbahnnetzes. Teuerung auch in New-York, es mangelt am Baukredite. Vor uns liegt die Sonntagsnummer der „New York Times" vom 29. März. Sie ist, wie immer, angefüllt mit Artikeln, die sich mit dem Grundbesitz und dem Bauproblem befassen.

„Der Wert des Grundeigentums steigt in der Mittelstadt", ist der Leitartikel überschrieben.

„55 000 000 Dollar für Bauten im Distrikt der Finanzhäuser", schreit es quer über den Kopf der Zeitung.

„Der Staat baut teurer als das Privatkapital, bezeugen die Sachverständigen", ein dritter Artikel.

Es wäre ja alles in Butter und so ein Angestellter und Hausbesitzer könnte frohen Mutes seinen Mieter schröpfen und hellen Blickes in die Zukunft schauen, wenn nicht die Arbeitslöhne „so hoch" wären, und die Steuern sich ewig stiegen. So muß es kommen, daß so ein armer Hauswirt teurer wohnt als sein Mieter. Darum: „Fort mit der Grundsteuer!"

Und die bösen Arbeiter:

„Keine Anzeichen, daß die Löhne oder das Baumaterial billiger werden!"

Man war froh, daß die Tarife bis 1926 verlängert waren, da — auch eine komische Parallele zum Bauarbeiterstreike — bekommen sich die Maurer und Pflasterer in die Haare wegen Grenzstreitigkeiten. Sie legen die Bauten still. Es droht ein Konflikt, der kontinentale Größen annimmt. Glücklicherweise wurde dieser Streit, in dem schon Objekte von 33 000 000 Dollar hineingezogen waren, nach einer Woche beigelegt.

Man sieht, es fehlt dort drüben die sorgende Hand einer Generalkommission des ADGB.

Aber die Herren des Grundbesitzes haben doch im freien Amerika noch andere Schmerzen als Renten einzutreiben und alle Lasten auf die Arbeiter abzuwälzen; das sind: Kredite zu besorgen und sich beim Publikum ins rechte Licht zu setzen, dazu sind die Grundbesitzer-Ausschüsse, man kann sie auch „Räte" übersetzen, da. Es ist eine Organisation, die sich großzügig über die ganzen Staaten verteilt, eigene Banken hat, um auch dem kleinsten Sparer für den Mittelstand nutzbar zu machen. Da es andere nicht tun, besorgen sie selbst die Reklame.

„Oeffentliche Wohlfahrt durch Grundbesitzer-Räte", ist ein langer Artikel ihres Sekretärs überschrieben. Ohne Zweifel „... Es ist dem öffentlichen Wohl, dem seine Mitglieder dienen", beginnt er. — Naiv und zynisch weist er nach, daß die Mieten steigen, wenn auch sonst das Geschäft blüht. — Wann war der Dienst am Volke für Kapitalisten und ihren Diener kein einträgliches Geschäft?

Jedenfalls scheint die simple Wiederkehr dieser Baureklame darauf hinzudeuten, daß der Yankeespießer, sensationslüstern verschrien, wie er ist, in seinem Sonntagsblättchen noch nicht mit der Revolutionsriecherei geäffiert wird, wie sein Vetter im „frommen Deutschland".

Nationaler Sieg oder revolutionärer Klassenkampf

In den „Leitsätzen" der Gruppe „Internationale" lesen wir im Paragraph 5:

„In der Aera dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben", so zitiert Lenin in „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution" 1917. Er fügt hinzu: „das ist offenbar unrichtig". Seine Ausführungen spielen darin, daß wir den unterdrückten Völkern der Kolonien nicht erklären könnten: „ihr Krieg gegen „unsere" Nationen sei unmöglich.". Lenin übersieht ganz offensichtlich, genau wie in der Bauernfrage, daß dieser Kampf des unterdrückten Volkes in der Zeit der Todeskrise, in der Zeit der Beherrschung des wirtschaftlichen, und damit auch politischen Lebens durch die industriellen Großbetriebe, durch kapitalistisch betriebene Landwirtschaft, dieser „nationale Krieg" nur ein proletarisch revolutionärer Klassenkrieg sein kann. Mit dem Erstarken des heimischen Kapitalismus bricht der moderne Klassenkampf in den Kolonien los und, wie einst die deutsche Bourgeoisie, so flüchtet auch die Bourgeoisie der Kolonien Indiens, Aegyptens, immer wieder unter die schützen-

Achtung! Bezirksführer der Partei!
Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands
Ortsgruppe Groß-Berlin

Mittwoch, den 20. Mai 1925, abends 7,30 Uhr
Funktionär Versammlung
in Boekers Festsäle, Weberstraße 17
Wichtige Tagesordnung
Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht!

den Fittige der Militärkaste, der Pronvögte, die eben der europäische Protektor, alias Unterdrücker „stellt. Mag die Politik Rußlands im fernen Osten den imperialistischen Zielen der jungen russischen Bourgeoisie entsprechen, mit der Befreiung der unterdrückten Völker hat sie nichts zu tun. Schon 1922 schrieb Manabendra Nath Roy in seinem Buch über Indien: „Es fehlt bereits nicht an Anzeichen, daß die Arbeiter und Bauern, die aus der ersten Verwirrung der großen sozialen Erhebung zu allmählicher Klarheit gelangen erkennen, daß das Kongreßkalifat-Programm ihre Interessen nicht vertritt. Die unvermeidliche Folge dieser Tendenzen ist die schließliche Loslösung der Bewegung von der bürgerlichen Führerschaft. Ist es aber soweit, so wird der bürgerliche Nationalismus enden in einem Kompromiß mit der imperialistischen Vorherrschaft und die Befreiung Indiens wird die Aufgabe der bewußt auf dem Boden des Klassenkampfes organisierten und kämpfenden Arbeiter und Bauern sein."

Das Verlassen der scharfen Basis des Klassenkampfes in der nationalistischen Frage ist von Anfang an der nagende Wurm in der Vereinigung der Sowjetrepubliken gewesen. Der reine Opportunismus in ihrer Auslandspolitik wendet sich jetzt auch gegen das kapitalistische Rußland, in der Geschichte rächt sich immer das Verlassen einer großen Idee. Im fernen Osten findet sich gerade infolge ihrer heuchlerischen Politik die Sowjetunion dem englischen Imperialismus oder überhaupt den Großmächten im Bunde mit ihren einstigen Zöglingen der kolonialen Bourgeoisie gegenüber. Nur so ist es zu verstehen, wenn das englische Blatt der 3. Internationale, „The Workers Weekly" vom 24. April mit dem Angstschrei „Eine Art des Verrats an den indischen Arbeitern", den Leninismus in der Kolonialfrage, d. h. in der Nationalitätenfrage wieder einmal des Unsinns überführt.

Die Partei der Swaraijst, das heißt, die Partei die bürgerliche Selbstregierung für Indien fordert, ist bereit, unter folgenden Bedingungen ihren Frieden mit England zu schließen: Auflösung des gegenwärtigen Rates und allgemeine Wahl. Die Swaraijsts sind bereit, im Falle ihrer Mehrheit unter folgenden Bedingungen die Regierung zu übernehmen: a) volle Freiheit und Verantwortlichkeit der Minister; b) Entlassung der politischen Gefangenen; c) die provinziale Autonomie Bengalens bleibt bestehen. Das bedeutet, die indische Bourgeoisie, welche Anspruch erhob, den Kampf des indischen Volkes gegen englische Ausbeutung, gegen die Herrschaft des englischen Imperialismus zu führen, übernimmt die Regierung unter dem Schutze der englischen Bajonette, in dem sie sich gegenseitig die Sicherheit der Ausbeutung der Arbeiter garantieren. Das englische Blatt schreibt richtig weiter, daß der Kampf um die Unabhängigkeit Indiens weiter geht, aber die Bürgerlichen hören auf, ihre Führer zu sein. Trotzdem irrt das Blatt der 3. Internationale. Indien wird keine „nationale" Unabhängigkeit bekommen. Der Kampf geht jetzt in der Linie des reinen Klassenkampfes, er muß sich richten gegen jede Kapitalsherrschaft, gegen die vereinigte indische und englische Bourgeoisie. Nur der siegreiche Kommunismus wird ein freies Indien kennen.

Gustav Landauers Tod

Die Münchener „Neue Zeitung" brachte am 3. Januar 1920 folgenden Bericht:

„Am 2. Mai stand ich als Wache vor dem großen Tor zum Stadelheimer Gefängnis. Gegen 1¾ Uhr brachte ein Trupp bayrischer und württembergischer Soldaten Gustav Landauer, im Hof bewegte der Gruppe ein Major in Zivil (im Prozeß als Rittergutsbesitzer Freiherr v. Gagern festgestellt), der mit Reitpeitsche und Revolver den Landauer einschlug. Unter Kolbenschlägen und den Schlägen des Majors sank Landauer zusammen. Er stand jedoch wieder auf und wollte zu reden anfangen. Da riel ein Vizewachtmeister: „Jetzt auf und weg!". Unter Lachen und frohlicher Zustimmung der Begleitmannschaften gab der Vizewachtmeister zwei Schüsse ab, von denen einer Landauer in den Kopf traf. Landauer stürzte immer noch. Unter dem Hohlweg, der zum Stadelheimer Friedhof führt, wo man noch ohne durch!" schoß der Vizewachtmeister Landauer in den Rücken, daß es ihm das Herz herausriß und er vom Boden wegschnellte. Da Landauer immer noch zuckte, trat ihn der Vizewachtmeister mit Füßen zu Tode. Dann wurde ihm alles herausgerissen und seine Leiche zwei Tage lang ins Waschhaus geworfen".

Wegen dieses Artikels wurde die „Neue Zeitung" unter Vorzensur gestellt.

Konferenz der „Antiautoritären"

Von einem Genossen erhalten wir folgende Zuschrift:

Am 1. Mai tagte in Limbach in Sachsen eine „Konferenz" der „Antiautoritären" von Mittel- und Westsachsen. Vertreten waren vier Richtungen der Einheitler — also vier Richtungen einer Organisation, die sich Einheits-Organisation nennt. Erstens: Die Dresdener „Einheitler". Zweitens: Die Heidenauer „Einheitler". Drittens: Die Zwickauer „Einheitler" und viertens: Die Organisation der Organisationslosen „Einheitler" ... Uff . . . hier muß man erstmal etwas verschnaufen. Anarchisten und Syndikalisten waren nicht anwesend. Nur noch 3 Genossen der Kommunistischen Arbeiter-Partei. 2 aus Chemnitz und 1 aus Pleißa.

Insgesamt waren wohl 50 Menschen anwesend.

Da wir uns etwas verspätet hatten, konnten wir den Anfang nicht mit erleben.

Vor allem klagten die „Einheitler", daß die Zeitung „Der Räte-Kommunist" eingegangen sei. (Dies ist seit 1½ Jahren der Fall. D. Red.) Solange diese Zeitung noch bestand, wurde auch für die Bewegung der „Einheitsorganisation" gearbeitet. Seitdem sind die „Einheitler" nicht mehr einheitlich zusammenzukriegen.

Sämtliche Redner der Einheitskonfusion erklärten sich gegen die Diktatur des Proletariats. Der Redakteur des „Proletarischen Zeitgeistes", Richtung Zwickauer Einheitsorganisation, bekämpfte die Organisationslosigkeit, ebenso den „Nep-Bolschewismus" und bezeichnete letzteren als Folge der „Diktatur des Proletariats". Er zeigte als einzige Waffe den Generalstreik. Seine Bekanntmachung, daß in Zwickau ein „Führer" der KAPD. bei den Faschisten gelandet sei, stimmt und ist auch in der „KAZ." öffentlich widerlegt worden und somit alle Arbeiterorganisationen gewarnt worden.

Die „Organisationslosen Einheitler" begründeten ihre organisatorische Organisationslosigkeit folgendermaßen:

Die Aufgabe der Genossen der „Einheitsorganisation" ist es, sich zwangslos, ohne Mitgliedsbücher oder Listen und ohne Beiträge zusammen zu finden, innerhalb der Familie ist die richtige Aufklärungs- und Erziehungsarbeit zu leisten; denn andere Menschen machen andere Verhältnisse. Jede Organisation mache die Menschen zu Sklaven. (Trotzdem lesen sie aber Zeitungen von Organisationen.)

Andere Redner wiederum betonten, daß sie Konzessionen machen wollten, um auf einer gemeinsamen Linie für den „Antiautoritären Block" zu werben und um auch besser gerüstet zu sein gegen den gemeinsamen wieder in Erscheinung tretenden Gewerkschaftsterror der SPD. und KPD. Ein Genosse der KAPD. führte nach diesem reichen „Einheitskohl" aus, daß die Blockbildung jetzt scheinbar die große Mode sei. Die KAPD. müsse diesen Rummel ablehnen, da für sie die Parole gilt: Erst Klarheit, dann Einheit. Von Klarheit sei hier aber nicht das Geringste zu merken. Er schilderte die Rußlandfrage geschichtlich-dialktisch und erklärte daran die Schlagworte wie „individualistisch" und „antiautoritär" als üble Phrasen der „Einheitler". Er bezeichnete diese vielen Richtungen in der „Einheitsorganisation", als Krankheitserscheinung. Mit ihren vielen Sophistereien kämen sie um die harten Tatsachen der Notwendigkeiten in der proletarischen Revolution nicht herum.

Nach ihm sprach noch ein Genosse der KAPD. Er wies auf den „Freien Arbeiter" hin, den viele Genossen der „Einheitsorganisation" als ihre geistige Quelle ansehen. So, wie dieses Blatt ein wildes Durcheinander darstellt, so stelle auch die AAUE. ein wildes Sammelsurium dar. Nein, die „Einheitler" wollen sogar schon weiter sein wie die Anarchisten, indem sie sogar jegliche Organisation fürchten und keine Opfer bringen wollen. Also aus Feigheit. Das revolutionäre Proletariat muß angesichts der Opfer für die Befreiung der proletarischen Klasse bringen, finanziell sowie ideell. Keine Organisationslosigkeit, keine bequemen zwangslosen Zusammenkünfte ohne Verpflichtungen, sondern organisatorischen Zusammenschluß, so wie es die KAPD. und AAU. sowie HAI. aus Erfahrung der Revolution gelernt haben und in ihrem Programm vertreten. Die Aufgabe aller Proletarier, die es ehrlich mit der Revolution meinen, ist es, sich die Grundlage des Programms der proletarischen Revolution zu eigen zu machen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Ein Ergebnis zeitigte dieses Durcheinander nicht. Man ging auseinander, wie wilde Hammel, aber trotzdem geht man mit dem Gedanken schwanger, auch noch eine Reichszusammenkunft der „Antiautoritären" zusammenzutrommeln.

Soweit der Bericht unseres Genossen. Wir wollen dazu nur noch kurz bemerken: daß es so kommen mußte in der Einheitsorganisation, war vorher zu sehen. Abgeirrt von der marxistischen Erkenntnis müssen sie, die ehemaligen Marxisten beim schäbigen Spießerstandpunkt landen und da sie die böse Welt nicht verändern können, müssen sich eine Gedankenwelt konstruieren. Diese Träumer der „Einheitsorganisation", die aus Furcht vor einer politischen Organisation schon garnicht mehr den Klassenstaat nebst seinem politischen Terror sehen, denen alle Gesetze der Wirtschaft und Entwicklung schon ein Buch mit sieben Siegeln geworden sind stehen abseits der Heerstraße der proletarischen Revolution. Sie stehen abseits, sie sind Schwärmer und umschwärmen, ohne es zu wissen, das bürgerlich-kapitalistische System, wie die Motte das Licht, ohne ihm wehe zu tun, im Gegenteil, selbst sich aufgebend in ihrer bornierten „Antiautorität", in ihrer organisierten Organisationslosigkeit verfallen sie auf dem Schuttanger der Geschichte.

Die Schwärmer Kühle und Zimmer, mit die Väter dieser „Einheitler" unter Assistenz von Pfempfert und Broh, als Triumphatoren der „Aktion", fühlen sich nebenbei sauwohl als gut besoldete „Antiautoritäre" innerhalb der Freidenkerbewegung und reden ganz harmlos als angebliche Vertreter der Betriebsorganisationen, die jede „Bevormundung" einer antiparlamentarischen politischen Partei ablehnen, mit bürgerlichen Freidenkern, die aber nicht im Traum an eine Aenderung dieser Gesellschaftsordnung denken, über den Austritt aus der Landeskirche.

Wir können für die „Einheitler" nur wiederholen:

Verirrt — verkommen.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

2. Unterbezirk (Moabit). Am Freitag, den 15. Mai, abends 7½ Uhr, im Lokal von Oelschläger, Berlikamenstr. 5, wichtige Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

7. Bezirk. Mitgliederversammlung Freitag, den 15. Mai 1925, 7½ Uhr abends, Galvanistr., bei Jakob.

8. Bezirk (Wedding). Mitgliederversammlung am Freitag, den 15. Mai an bekannter Stelle. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

14. Unterbezirk ((Köpenick). Am Freitag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im bekannten Lokal. — **Vortrag über die Jugendbewegung.** — Die Genossen müssen vollzählig erscheinen.

19. u. 20. Bezirk. Am 15. Mai 1925, Mitgliederversammlung im Lokal Reichker, Provinzstraße 76. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lanze Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 38
S

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 494 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post. Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats

Manöver zur Selbsterhaltung

Die Welt spielt ein Theater, wie sie noch keines gespielt hat. Alle die sich politisch an dieser Welt interessieren, versuchen ihre Rolle so gut es eben geht zu spielen. Die Bourgeoisie im Sinne der Selbsterhaltung als Herrschaftsklasse innerhalb des kapitalistischen Systems, die Sozialreformisten (bis zur KPD.) im Interesse der Massenverdummung zur Erhaltung ihrer Stellung als Organisation der verdummten Massen. Die Bourgeoisie treibt international das politische Gaukelspiel zur Lösung der kapitalistischen Krise. Das Proletariat spielt in den Händen seiner reformistischen Organisationen das Mittel zum Zweck. Es wird von diesen im Sumpf des Weltchaos hin- und hermanövriert. Manöver im Interesse der Gewerkschaften und der parlamentarischen Parteien, die mit der Tragödie des Proletariats enden werden, mit einem neuen Massenmord im Interesse des Kapitals.

Die Krise spielt im ganzen Spiel die Hauptsache. Das internationale Kapital sucht vergeblich nach einem Ausweg. Vergeblich macht das Internationale Arbeitsamt die Versuche die Arbeitsbedingungen zu regeln. Die allgemeine Handelspassive macht eine Verbesserung der Produktionsbedingungen unmöglich. Die Widersprüche der ungeheuren Kapitalsentwicklungen finden keine Lösung. Kein Staat will auf seine Selbständigkeit auf auf seine Vormachtstellung verzichten. Alle Bestrebungen, Deutschland in seinem Ringen um Aufbau des Weltkapitalismus durch die Reparationsprobleme zu unterstützen, enden im Nichts.

Frankreich kann auf die Erfüllung des Versailler Vertrages nicht verzichten, so sehr sich die Sachlieferungen an Frankreich mit der französischen Produktivität in Widerspruch stellen.

Die Botschafterkonferenz ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Frankreich und England sind sich über ihre Besitzerrolle Deutschland gegenüber noch nicht einig. Die Diplomatie hat noch nicht ausgereicht, den Garantiepakt zu schaffen, mit dem man die Krise zu lösen gedenkt. Die Frage der Bedingungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund aufgenommen wird, ist noch nicht geklärt. Es dreht sich noch darum wie die Verhältnisse der militärischen Sicherheit in Deutschland zu werten sind. (Ob nicht eventl. noch eine revolutionäre Gefahr vorhanden ist.) Wie die Entsetzung der Rheinlande vorgenommen werden kann. Man versteht zu manövrieren und findet genügend diplomatische Mittel. Ein Mittel davon ist die Frage der deutschen Verfehlungen gegen die Reparationslieferungen etc. Unter der Entscheidung dieser Frage wird man die entschiedene Ausbeutung einzuleiten verstehen.

Mit Abrüstungskonferenzen versucht man zu manövrieren um die Rüstungen zu verdecken. Der Völkerbund muß so opperieren weil sein ganzes Dasein Selbstbetrug ist.

London, 14. Mai. (WTB.) Unterhaus. Baldwin antwortete auf eine Anfrage, er glaube nicht, daß es von Nutzen sein könnte, wenn die britische Regierung die Initiative ergreifen würde, um eine Weltkonferenz zwecks allgemeiner Abrüstung einzuberufen. Die Frage der Rüstungsverminderung sei noch Gegenstand der Völkerbundsberatung.

Deutschland mit seinem neuen Staatsverwalter muß sich in diesem Weltsumpf nicht minder entpuppen. Es muß unbedingt den Willen beweisen, am Leben zu bleiben. Die Krise soll mit neuen Zollgesetzen mit neuen Steuergesetzen überlebt werden. Wenn nichts anderes mehr möglich ist, muß von den Rippen der Proletarier gezehrt werden.

Daß die Proletarier sich dies alles bieten lassen, liegt an dem Verdummungsmanöver der Sozialdemokratie und der KPD. mit ihren Gewerkschaften. Sie dürfen keine Klassenkampfpolitik treiben, die allein diesen internationalen Manövern ein Ende bringen würde, weil sie in diesem Sumpf leben.

Hoffentlich erkennt das Proletariat den Kreislauf dieser Widersprüche, ehe es zu spät ist, und macht dem durch die Revolution ein Ende.

Die Hinrichtungen der Attentäter in Bulgarien

(TU.) Sofia, 13. Mai. Wie verlautet wird der Verteidiger der wegen des Attentats auf die Kathedrale zum Tode Verurteilten heute die Nichtigkeitsbeschwerde einbringen, die aber nur formalen Wert hat. Der Oberste Kassationshof, der über derartige Nichtigkeitsbeschwerden entscheidet, hat innerhalb 24 Stunden die Entscheidung zu fällen. Die Beschwerde wird aller Voraussicht nach zurückgewiesen werden. Das Urteil bedarf dann noch der Genehmigung durch den König, die aber ebenfalls erfolgen wird. Die Vollstreckung des Urteils dürfte somit am Sonnabend stattfinden. Voraussichtlich werden die Gerüste für die Vollstreckung der Todesurteile auf dem Platz vor der zerstörten Kathedrale aufgebaut werden. Die Regierung hat für den Tag der Urteilsvollstreckung besondere Maßnahmen getroffen, da mit Kundgebungen gegen den König und die Regierung gerechnet wird. Alle bisher ausgestellten Legitimationen zum Passieren der Straßen während der Nacht, wurden für ungültig erklärt. Die ganze Nacht hindurch patrouillieren Streifen von Militär und Polizei durch die Straßen der Stadt.

Der Prozeß fällte 9 Todesurteile und eine größere Anzahl schwerer Kerkerstrafen. Die im Prozeß gegen die Urheber am Attentat in der Kathedrale Verurteilten haben das Recht, binnen 3 Tagen ein Revisionsgesuch, ein Gnadengesuch, einzureichen. Außer den Todes- und Gefängnisstrafen wurden Friedmann, Koeff, Dimitroff, Petrini, Grantscherff, Abadjeff und Kosorowsky zu je 500 000 Leva, der Küster Zadgorski zu 250 000 Leva, Daskaroff zu 30 000 Leva und Kamburoff zu 20 000 Leva Geldbuße verurteilt.

Vor der Urteilsverkündigung hielt der kommunistische Hauptangeklagte Friedmann seine Verteidigungsrede. Er brachte darin zum Ausdruck, daß mit dem Attentat die Kommunistische Partei Bulgariens nicht das geringste zu tun hätte. Die Tat sei lediglich der elementaren Verzweiflung gegenüber den Terrorakten der Regierung entsprungen. Er selbst habe mit dem Attentat nichts zu tun gehabt. Er bekenne sich aber offen zum Kommunismus und für die Freiheitsbestrebungen der Arbeiter und Bauern. Er fordert die Richter auf, nach dem Beweismaterial zu urteilen.

Zum Schluß bittet er darum bei dem Urteilsvollzug nicht erhängt, sondern erschossen zu werden.

Die Bourgeoisie urteilt nach eigenem Ermessen. Sie kennt kein pardon, denn sie weiß, daß ihr die Zeitepoche den Todesiegel auf die Stirn preßt. Die Bourgeoisie kämpft um ihre Existenz, um ihr Leben als Klasse gegenüber dem revolutionären Proletariat. In diesem Kampf geht sie rücksichtslos gegen jeden Keim der Revolution vor. In diesem Kampf fallen für das Kapital jede nationalen Grenzen, es zeigt sein internationales Klassenbewußtsein, seine Solidarität um Leben oder Tod.

Es hilft nichts an das Ehrgefühl der Justiz, der Richter, zu appellieren. Das Leben des Kapitals in der augenblicklichen Zeitepoche kann nur einen Weg in der rücksichtslosen Barbarei finden. Das Urteil gegen die bulgarischen Aufständigen mußte verkündet werden. Man wird nicht davor zurückschrecken es mit aller Grausamkeit zu vollstrecken. Aus der Meldung, die vorliegt, ist diese Tatsache schon zu ersehen. Der Galgen vor der Kathedrale, auf offenem Platze, soll ein Abschreckungsbeispiel gegen jede revolutionäre Erhebung sein. Die Bourgeoisie will zeigen, wie sie gegen jeden gleichen Akt vorzugehen gedenkt. Sie weiß, wie leicht sich die Masse abschrecken läßt. Noch dazu, wo jede größere Bewegung von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften unterbunden wird, und das Proletariat keine eigenen, keine Klassenkampforganisationen hat. Aus diesem Vorgehen der Bourgeoisie muß das Proletariat lernen, daß es sich Organisationen des Klassenkampfes zu schaffen hat. Da hilft kein Appell an die Regierung, auch keine Resolutionen und Demonstrationen; gegen diese internationale Brutalität, gegen die Klassenfront des Kapitals kann nur die Klassenfront der Arbeiterklasse einen Sieg erringen.

Der Brandlerkurs der Fischer-Centrale in der KPD.

Die KPD. windet sich gegenwärtig heftiger als gewöhnlich. Die dialektische Entwicklung hat ihr, wie sie laut beteuert, „große Schwierigkeiten" in den Weg gestellt. Sie ist stark dabei, diese Schwierigkeiten zum tausendsten Male zu beseitigen, und die eigene Mitgliedschaft sieht das wieder einmal nicht, oder verzweifelt langsam ein, kann den „Leninismus" und die „Bolschewisierung" nicht begreifen. Darob „rücksichtslose Selbstkritik" auf der eben beendeten Zentralausschußsitzung, wo man gegen die „rechten" und ultralinken" Abweichungen einen schneidigen Angriff unternahm und — siegte. Die durch den „Offenen Brief" eingeleitete neue Entlarvungstaktik erhielt die Sanktion der Mehrheit über „einigte kleinere Bezirke" und dazu noch den Segen des Vertreters der Exekutive der Komintern. Die Fischer-Scholem-Zentrale hat die Arme frei, und in nächster Zeit dürfte wieder einiges gefällig sein, denn die Brandler-Linie als höchste Weisheit hinstellen und zu gleicher Zeit den Kampf gegen die „Rechtsen" führen, ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann, noch dazu nach den Erfahrungen, die die Mitglieder der KPD. hinter sich haben.

Die Situation wird folgendermaßen angesehen:

„Die Republik ist in Gefahr. Sie ist in Todesgefahr. Also muß man sie sichern. Wie? Durch die Verwirklichung jener Forderungen. Sie sind das Notprogramm der Republik, deren Schutz die Werktätigen in die Hand nehmen." („Rote Fahne am Montag" vom 4. Mai.)

Die „Forderungen" selbst sind bekannt und in diesen Blättern bereits wiedergegeben. Sie beginnen mit der Auflösung der Reichswehr, des Staatsgerichtshofes, Amnestie, weiter: Konfiskation aller Vermögen der früheren Fürsten und deren Ausweisung. Auflösung der monarchistischen Verbände, Säuberung der Beamtenschaft, der Schupo. Aufhebung aller die Massen belastenden Steuern. Genau das, was Brandler auch forderte. Wo in der ganzen Demokratie kein Demokrat aufzutreiben ist, wären die KPD.-Leute Ochsen, wenn sie auf die Rolle der demokratischen Vorkämpfer verzichten wollten. Die Forderungen sind jedoch — das ist der große Unterschied von der Brandlerschen Strategie! — nicht ernst gemeint, sondern dienen nur der Entlarvung. Doch wird man in dem Moment, wo man dies gewichtige Argument vorbringt, vom Moskau sofort desavouiert. Nein, nein! sprach der Vertreter der Komintern auf dem Zentralausschuß: „Wir wollen nicht nur eine Entlarvungstaktik, wir wollen eine gemeinsame Kampffront mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Als Heilmann im preußischen Landtag erklärte, daß unsere Vorschläge eine Basis für Verhandlungen seien, da schrieb die „Rote Fahne" falsch: Wir werden mit der SPD. nicht verhandeln.

Wenn wir diese Politik durchführen wollten, müssen wir auch verhandeln. Die Exekutive glaubt, daß wir uns im preußischen Landtag hätten der Stimme enthalten sollen usw. Als ganz richtig hat die linke Brandlerzentrale bereits die These von der „loyalen Opposition" wiederaufgenommen und erklärt, daß, um die SPD. zu entlarven, man ihnen sagen muß: „Wir werden euch im Preußenparlament nicht hindern, weil es für uns von Interesse ist, den Massen drei Monate lang zu zeigen, was ihr für Kerle seid." Außerdem hat man einen großen „Fehler" gemacht, aus dem man in Zukunft so schön „lernen" kann: Man hat vergessen die SPD. zu fragen, ob nicht sie den „Arbeiterkandidaten" stellen wollte, dann hätte man auf den eigenen verzichten sollen. Das soll auch in Zukunft anders werden. Alles in allem: Fortschritt über Fortschritt. Alles zwar ein bischen stark tollpatschig, ein bischen dummfrech, aber wo die Sache mit der „Gewerkschaftseinheit" so weit gediehen ist, kann man mit den Fragen der aktuellen Tagespolitik nicht allzulange hinterherhinken. Und so schließt die große Ruth ihre Betrachtungen über die Debatte zum Zentralausschuß mit dem Ruf: „Vorwärts"!

Man streitet nicht darum, daß Brandler und seine Getreuen dasselbe eben so gut und viel besser „fordern"; man streitet darum, daß heute, 19125, daß, was Ruth Fischer und Genossen fordern deswegen etwas anderes ist, weil 1923 eine „aktivrevolutionäre" Situation war, und 1925 das Gegenteil. Deswegen ist also heute die Brandlerpolitik richtig! Ein Geschwätz, daß

vom Standpunkt des internationalen Klassenkampfes betrachtet, betrachtet von der internationalen Lage des Kapitalismus, eitel Spiegelfechterei ist. Richtig ist, daß man auf der einen Seite nicht die Gewerkschaften stabilisieren, und auf der anderen Seite den Kampf gegen die SPD. so führen kann, daß man damit die eigene Gewerkschaftstaktik aufhebt, illusorisch macht. Ein Vertreter auf dem Zentralausschuß sagte ganz richtig, daß es doch Quatsch wäre, diese Taktik als „Manöver" zu betrachten. Man solle sich einmal in die Lage der KPD.-Gemeinderäte, Bürgermeister usw. hineindenken, die doch mit den SPD.-Leuchten gemeinsam gegen die „Reaktion" kämpfen. Er bekam keine Antwort. Und nur ein Kind glaubt eben an dies Manöver. Richtig ist, daß die KPD., daß Moskau versuchen muß, so zu „manövrieren", daß die Mitglieder der KPD. nicht merken sollen, daß der ganze „Linkskurs", der ganze „Kampf" gegen „Rechts" — ein einziges großes Manöver ist, um die Politik, die Brandler einleitete, zu Ende zu führen. Die von der Linken bis heute betriebene Politik hätte Brandler nicht anders treiben können. Er wäre gerade auf das Ziel losgesteuert und hätte nicht soviel „Fehler" gemacht. Aber die Arbeiter der KPD. wurden stutzig, man mußte „manövrieren", mußte erst die Partei „bolschewisieren", damit sie „einheitlich" marschiert.

Der Vertreter der Exekutive hat mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß die ganze Taktik lediglich den Zweck hat, Rußland zu entlasten. Und in der Tat ist das Wort, der Befehl von Moskau eben heilig. Die ganze Ideologie, auf der die KPD. bassiert, ist die Illusion von dem „roten" Rußland, von dem siegreichen russischen Proletariat. Die eingeschworenen Mitglieder der KPD. haben eine geradezu kindliche Angst, daß ihnen diese Illusion einmal genommen werden könnte, und drücken vor der Wahrheit beide Augen zu. Bei dieser Einstellung ist es ganz natürlich, daß sie jedes Manöver für bare Münze nehmen. Sie gehorchen schon aus purem Dank, daß ihnen immer wieder Hoffnung gemacht wird. Sie lassen sich gern betrügen, um so mehr, wenn ihnen eingeredet wird, daß das Manöver nicht mit ihnen sondern mit den „Massen" getrieben werden soll. Selbst so ein bischen Schieber sein können — ist gar nicht übel. Daß der Kommunismus kein Manöver, keine Schiebung, kein Affentheater ist, kommt — abgesehen von den Berufsschiebern — ihnen gar nicht zum Bewußtsein.

Die Dinge liegen doch so, daß parallel mit der inneren kapitalistischen Konsolidierung Rußlands an die äußere Einreihung in die Weltwirtschaft geht. Natürlich nicht reibungslos. Das System der Reparationen, daß alle kapitalistischen Staaten und Länder unter sein Diktat zwingt, macht auch mit Rußland keine Ausnahme. Die amerikanischen und englischen Kapitalmagnaten fordern von Rußland nicht weniger schmerzhafte Bedingungen als von Frankreich, Deutschland usw. Die Formel des Kompromisses entspricht immer den gegebenen Machtverhältnissen. Diese Machtverhältnisse sind es, die Rußland veranlassen, so zu manövrieren wie die Lage dies erheischt. Bei der drohenden Verständigung mit Frankreich, wie es das deutsche Garantieangebot zeigt, und bei der Zusage, die deutschen Grenzen im Osten evtl. „friedlich" zu berichtigen, muß man ein wenig im Kampf um die Republik machen. Ein wenig rascher in Gewerkschaftseinheit, um besser „manövrieren" zu können. Die proletarische Revolution ist etwas, was ganz abseits der russischen Strategie liegt. Das Wort, die revolutionäre Tradition, die Illusion vom „roten" Rußland, alles, alles — Manöver!

Es hat den Anschein, als ob die Mitglieder der KPD. erst leibhaftig unter dem Kommando Noskes gegen ihr eigen Fleisch und Blut wüten müssen — das „Reichsbanner" und der „Rote Frontkämpferbund" winken sich bereits vertraulich zu — oder bei einem kriegerischen Konflikt als Kanonenfutter eingeteilt werden für einen kapitalistischen, mit dem „roten" Rußland verbündeten Staat, um zu begreifen, daß Wahrheit und Klarheit allein die Quellen sind, aus denen die Kräfte sprudeln, die das Proletariat zum Siege über den kapitalistischen Klassenfeind und seine Verbündeten führen.

Achtung! Bezirksführer der Partei!
Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands
Ortsgruppe Groß-Berlin

Mittwoch, den 20. Mai 1925, abends 7,30 Uhr

Funktionär-Versammlung

in Boekers Festsäle, Weberstraße 17

Wichtige Tagesordnung

Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht!

Politische Rundschau

Haussuchungskomödie im Vorwärts

Im „Vorwärts", im Redaktionszimmer ist gehaussucht worden. Ueber diesen Ulk muß doch jedem Spießer das Lachen ankommen. Der Vorwärts und alle seine Brüder und Schwestern die mit ihm beim letzten Wahlrummel Hand in Hand gingen, schreien entrüstet um Hilfe. Sie suchen den Urheber dieses Uebergriffs, des Fehlgriffs in die Schmierbude der Schützer dieser Staatsregierung. Solch ein Versehen, — da muß der Uebeltäter unbedingt zur Rechenschaft gezogen werden. „Gott strafe den Staatsanwalt, der seinen würdigsten Lakeien ungerecht verfolgt".

Doch es war in diesem Falle nicht die Staatsanwaltschaft, sondern der „Vorwärts" hat ermittelt, daß die Haussuchung auf einen Beschluß des Amtsgerichts Mitte erfolgte. Das Justizministerium hat zu seiner Information bereits Bericht eingefordert.

Ein neuer Skandal im Anschluß an Magdeburg, in dem man seine Treue für den Deutschen Staat beweisen wird.

Sie haben Routine in ihrer Art, sich vor dem Volke interessant zu machen. Es ist auch immerhin einmal notwendig, wenn man mit dem Kapital eine Koalition eingeht, sich eine wenig von der politischen Polizei belästigen zu lassen, damit es scheint, als wenn man im Interesse des Klassenkampf da wäre, um die Koalition nicht zu deutlich in den Vordergrund zu rücken.

Das dumme Proletariat wird es schon fressen, und wenn es daran zu Grunde geht.

Die Stillegung im Ruhrbergbau

Dortmund, 14. 5. Die wirtschaftliche Lage im Dortmunder Bezirk geht einer weiteren Verschärfung entgegen. Maßgebend dafür ist vor allem die Tatsache daß auch bei Gruben im Dortmunder Bezirk umfassende Stillegungsmaßnahmen beabsichtigt sind. Im Laufe der nächsten Woche werden voraussichtlich 1500—2000 Bergarbeiter entlassen werden. In der Schwerindustrie machen sich Anzeichen eines größeren Abbaues von Angestellten bemerkbar. Die Union hat die Entlassung von 150 Angestellten angekündigt.

Antrag auf Kreditgewährung an die Industrie des besetzten Gebietes

Mit Unterstützung der Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen brachten die Abgeordneten Zapf und Kalle der Deutschen Volkspartei den Antrag im Hauptausschuß ein, es möge ein Fonds von 50 Millionen Mark zur Gewährung von langfristigen Krediten an die Industrie des besetzten Gebietes bereitgestellt werden.

So wird der Staat zum Ausbeutungsfaktor, gegenüber den deutschen Lohnkulis, im Interesse der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik.

Rente gegenüber Arbeiterentlassungen, Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung. Die Wiederaufbauversuche unter dem Schutze der Zollpolitik. Der Kreislauf der Selbstvernichtung.

Eine Bromfabrik auf dem Meere

Die amerikanische Aethylgasolinkompagnie hat eine schwimmende Fabrik bauen lassen, die sich mit der Gewinnung von Brom aus dem Meerwasser befassen soll. Die Fabrik hat die Gestalt eines Schiffes, ist durch eigene Kraft beweglich, und führt den bezeichnenden Namen Aethyl.

Brom (chem. Zeichen Br.), eine braunrote, erstickend riechende Flüssigkeit, ist in seiner chemischen Wirkung dem Jod und Chlor ähnlich. Es ist in der Photographie und Medizin unentbehrlich und wird zur Herstellung gewisser Teerfarben benützt. Aus dem Brom, resp. in Verbindung mit ihm, wird eine große Anzahl sehr wichtiger Chemikale gewonnen für alle möglichen medizinischen, chemischen und industrielle Zwecke.

Die Bromhaltigkeit des Meerwassers ist der Wissenschaft schon seit Jahrzehnten bekannt. Die Chemie konnte aber kein Verfahren, das eine industrielle Absonderung gestattete. Das geringe Vorkommen (1:1 [illegible]) verlohnte keine großen Unkosten für Untersuchungen und Experimente. Und so wurde und wird bis heute Brom aus den Mutterlaugen der Kalisalzfabriken durch Chlor hergestellt. Ein umständliches und teures Verfahren.

Die steigende Bedeutung des Broms und der Wert der durch seine Herstellung vernichteten Rohstoffe für die Landwirtschaft und chemische Industrie führten zu den Untersuchungen, die jetzt eine industrielle Gewinnung aus dem Meerwasser gestatten. Die „Ethyl" soll 45 000 Kilogramm Brom monatlich produzieren. Ein Fortschritt des Kapitalismus, erzwungen durch die eherne Profitnotwendigkeit.

Die Gewinnung von Brom aus dem Meerwasser stellt tatsächlich ein einzigartiges Ereignis in der Geschichte der Chemie im Dienste der Mehrwerterzeugung dar. Indes, die Lösung dieses winzig kleinen Teilproblems läßt noch lange keine Schlüsse zu auf die geschichtliche Auswegloosigkeit des kapitalistischen Produktionssystems. Die Wissenschaft, die vom Kapitalismus notwendig nicht zu leugnende Forschung gestattet schon heute, aus der Erde ein Paradies zu machen. Ein Paradies, mit Ueberfluß und Pracht, gegen das die liebliche Sage nur ein blasser Schimmer ist. Und doch verhungern und versuchen die meisten Menschen in der Profithölle. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß auf dem Grund und Boden des heutigen Deutschland nach dem jetzigen Stand der Agrarkultur und Wissenschaft mindestens Nahrungsmittel für die dreifache Anzahl seiner jetzigen Bewohner erzeugt werden könnten. Das Profitsystem verhindert es. Kohle z. B., aus der tausende Produkte zum Wohle der Menschheit erzeugt werden könnten, verbrennt man. Alle Kraft, die heute aus der Kohle gewonnen wird, könnte schon unser Zeit durch Elektrizität aus Naturkräften gewonnen, geschaffen werden. Das Profitsystem, das auf Kapitalverzinsung und -amortisation angewiesen ist, kann diese Probleme seiner großen Geldkosten und Kapitalanlagen wegen nicht lösen. Kommenden Geschlechtern wird die Kohle fehlen. Ueberall stößt die heutige Gesellschaftsordnung auf die ehernen Schranken, die das Profitsystem sich zu seiner eigenen Voraussetzung schaffen muß. Erst die Beseitigung dieses Produktionssystems durch das Proletariat wird die Bahn frei machen für eine höhere Produktions- und Gesellschaftsordnung mit einer wirklichen Kultur.

Rußland zur Wahl Hindenburgs

Moskau, 14. 5. (WTB.) In seiner Rede auf dem Kongreß der Sowjetunion erklärte Rykoff, hinsichtlich der Wahl Hindenburgs bestehe keinerlei Grund zur Annahme, daß letztere die unverändert freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland ungünstig beeinflussen könnte.

Thomas Münzer und seine Rolle im großen Bauernkriege

(1525—1925.)

(Thomas Münzer wurde am 15. Mai 1525 hingerichtet.)

I.

In den deutschen Schulen wird im Geschichtsunterricht von dem Doktor Martin Luther hundertmal mehr erzählt, als von seinem Zeitgenossen Thomas Münzer, der glänzendsten und revolutionärsten Gestalt der damaligen Zeit. Es geht ihm gerade so wie der großen Rebellion des Jahres 1525 selbst, dem Bauernkriege, der Münzer auf dem Gipfel seines Wirkens zeigt: beide werden von der offiziellen Pädagogik ebenso ängstlich gemieden und nach Möglichkeit totgeschwiegen, wie die französische Revolution gegen Ende des 18. Jahrhunderts und die deutsche bürgerliche Revolution von 1848. Münzer sowohl wie der Bauernkrieg, werden in den Schulen mit einer Handbewegung abgetan. Die armen unwissenden Bauern hätten die Predigt Luthers von der Freiheit des Christentums leider gröblich mißverstanden und sie als Signal zur Abwerfung aller Lasten und Pflichten aufgefaßt. Mit Entrüstung wird noch vermerkt, daß sich die Bauern sogar schändligerweise an ihren adeligen Herren vergriffen hätten. Natürlich durfte die Strafe des Himmels für diesen Frevel nicht ausbleiben, auch nicht für Münzer, dem Hauptverführer der Bauern. Dieser prahlerische Charlatan habe sich angesichts des gegnerischen Heeres vermessen, die feindlichen Büchsenkugeln mit seinen Rockärmeln aufzufangen. Ob wahr, oder nicht: die Legende verfehlte nicht ihren Zweck, Münzer in den Augen aller Philister, die grundsätzlich keine Kugeln in den Rockärmeln auffangen, zu erledigen.

Die offizielle Geschichtsschreibung, die für die Pädagogik richtunggebend ist, hält es stets mit der herrschenden, siegenden Klasse, in der Gegenwart wie in der Vergangenheit. Und vor der Geschichte war Luther der Sieger, nicht der Bauern- und Proletarierführer Thomas Münzer. Gewiß wissen wir, und schon Münzer wußte es, daß nicht der einzelne, isolierte Luther die Geschichte machte, sondern daß vielmehr ihm zur Seite und in seinem Rücken die mächtigsten Verbündeten standen, die er zu seiner Zeit nur haben konnte, die deutschen Landesfürsten die ja auch aus der Reformation den Hauptgewinn zogen. Die Landesfürsten waren an der Los-von-Rom-Bewegung jener Tage materiell aufs lebhafteste interessiert und sagten sich, von ihrem Standpunkt mit Recht: Warum überlassen wir dem Heiligen Vater in Rom die Ausbeutung unserer Landeskinder? Sind nicht wir, die Landesväter, die nächsten dazu, wenn schon mal ausgebeutet werden soll? Die Opposition der Fürsten gegen Rom fand ihren starken Rückhalt in der kirchenfeindlichen Einstellung der Stadtbürger, des Handwerks und des Adels, wenigstens des niederen Adels. Vor allem aber in der gegen jede Ausbeutung gerichteten Bewegung der proletarisierten werktätigen Bevölkerung, und namentlich der Bauern. Andererseits wäre die Bewegung der unteren und mittleren Schichten niemals so üppig gewachsen und kräftig gediehen, wenn nicht die Unterstützung und der Ansloß dazu von oben gekommen wäre. Die wirtschaftlich und politisch zu Boden gedrückten und niedergehaltenen Klassen spürten, daß der Druck sich lockerte und man ihnen ein Atemholen gestattete, weil man ihrer bedurfte. Sie witterten, daß in den scheinbar so unwandelbar feststehenden oberen Schichten etwas vorging, daß sich Gegensätze auftaten, wo vordem ewige Harmonie zu walten schien, daß höchste Begriffe von Menschenliebe und Gotteskindschaft sich mit kleinlich-menschlichem Inhalt, mit Gezänk füllten, daß kirchliches und fürstliches Regiment meins waren. Alle Kräfte der Tiefe strebten plötzlich empor zum Lichte, das aus dem zerrissenen Vorhang des Himmels strahlte.

Luther war zuerst unbewußt, dann bewußt der Anwalt der Fürsten und förderte ihnen das kommunistische Idee durch seine radikalen Predigten. Streng genommen war er der Vertreter des mittleren besser situierten Stadtbürgertums, das im Anfang des 16. Jahrhunderts schon stark in Abhängigkeit von dem Fürsten geraten war. Jede Gesellschaftsklasse faßte natürlich die „Freiheit" zemäß ihren besonderen Interessen auf. Fürsten und Adel machten sich über die geistlichen Güter her, denen jetzt hatten sie einen Vorwand zur Konfiskation. Volksstimme war plötzlich Gottesstimme für sie. Die entartete, geldstrotzende, vollgesogene Kirche schien am allgemeinen Elend schuld. Doch Thomas Münzer blickte tiefer. Gewiß stimmte er ein, daß die jungfräuliche Kirche nach dem Tode der Apostelbrüder durch den geistlichen Ehebruch zur Hure geworden. Aber er richtete alsbald seine Angriffe außer gegen den Papst auch gegen die lutherfrommen Fürsten in denen er die „Grundsuppe des Wuchers, der Dieberei und Räuberei" erkannte.

Die weltlichen Landesfürsten wurden durch alle Tendenzen der damaligen Zeit in ihrem Aufstieg begünstigt. Auf der Tagesordnung der Geschichte stand die Auseinandersetzung zwischen geistlicher und weltlicher Obrigkeit; dagegen erlaubte die Geschichte damals noch keinen siegreichen Bauernaufstand. In der Tat wurden die Bauern in den Klassenkämpfen des Mittelalters stets geschlagen, ganz gleich, ob ihre Rebellion in eine Zeit fiel, wo sich die Lage der Landbevölkerung verschlechterte oder besserte. Während der Reformationszeit bereits gingen es mit der Klassenlage der Bauernschaft abwärts: doch waren die Bauern nicht die einzigen, denen dieses Schicksal zuteil wurde. Den größten Gewinn in diesen Zeitläuften heimsten jedenfalls die Landesfürsten ein. Namentlich erschlossen sich ihnen in jener Epoche der großen überseeischen Entdeckungen neue Goldquellen, die ihnen zur Anwerbung von Söldnern, zur Befriedigung ihrer luxuriösen Bedürfnisse, zur Erhaltung ihrer Hofstaaten und ihrer Bürokratie trefflich zustatten kam. Die Ausbeutung ergiebiger Silberbergwerke wie in Sachsen und Böhmen, trugen ebenfalls dazu bei, die Menge des edlen Metalls zur Herstellung gemünzten Geldes zu vergrößern und die entsprechende Menge der Arbeitserzeugnisse gestatten. Die „Ethyl" soll 45 000 Kilogramm Brom monatlich produzieren. Ein Fortschritt des Kapitalismus, erzwungen durch die eherne Profitnotwendigkeit.

Die Betrogenen, die billig abgaben und teuer einkauften, waren die Bauern, war die gesamte werktätige Masse, die ihre Arbeitskraft im Verhältnis zu den Preisen anderer Waren immer wohlfeiler anbieten mußten. Der Wuchcharakter des Kaufmannskapital bildete sich, das Geld floß zunächst den Mächtigen im Lande zu. Fürsten und Kapitalisten waren gleicherweise auf einander angewiesen, letztere verlangten Schutz, ersterer Geld von den andern. Das höhere und mittlere Bürgertum, das der Fürstenmacht notgedrungen immer weitere Zugeständnisse einräumen mußte, wälzte die Lasten weiter nach unten ab. Es brodelte im ganzen unteren Schichtenbau der Gesellschaft, Kleinbürger, Handwerker, Handwerksgesellen und Vorstadtproletariat, von dem patrizischen Rat schrankenloser als zuvor ausgebeutet, suchten das Bündnis der proletarischen Bauern und der werhraften Bergleute. Nun aber machten weltliche und geistliche Fürsten, die sich noch eben grimmig in den Haaren lagen, gegen die für sie bedrohlich werdende rote Flut gemeinsam Front und verdienten sich den Himmel mit Blutvergießen, wie der gegen die Bauern wutrasende Martin Luther ihnen verheißen hat.

Die Landesfürsten hatten zuerst die Rebellen, die sie nachher köpfen ließen, in ihrem Vorhaben bestärkt und begünstigt.

Aussprachen und Bekenntnisse beim neuen Reichspräsidenten

Die Männer der Republik habea geruht, ihren neuen Chef Hindenburg aufzusuchen und ihm die besten Glückwünsche darzubringen. Hindenburg gab mit kurzen Worten seinen Dank zurück. Der „Vorwärts" vom 14. Mai hat die Ehre, einige Aeußerungen davon ohne Kommentar wiederzugeben.

Zum Reichstagspräsidenten Gen. Löbe sagte Hindenburg u. a.:

„Ich bin mir bewußt, daß gerade in einer Republik die Würde und das Ansehen der Nation in hohem Maße in die Hände des Parlaments gelegt ist. Das Ausland wird uns um so mehr Achtung zollen, je mehr wir selbst in unserem ganzen Auftreten die Selbstachtung eines aufrechten und stolzen Volkes bewähren. Helfen Sie hierzu mit, meine Herren!"

Staatssekretär Weißmann gegenüber äußerte er sich:

„Dem reichen Eigenleben der deutschen Länder haben wir ein gutes Teil der Vielgestaltigkeit und Fruchtbarkeit der geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Volkes zu danken. Wir würden die besten Quellen unserer Kultur verstopfen, wenn wir gewaltsam an der Selbständigkeit der Länder rütteln wollten. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich mir stets zur Aufgabe machen werde, die berechtigten Eigenarten der einzelnen Länder zu schonen und ihre Wünsche und Bedürfnisse nach Kräften zu fördern."

Auf den Glückwunsch des Ministerpräsidenten Genossen Braun antwortete Hindenburg u. a.:

„Möge es Ihrer Arbeit beschieden sein, getreu den großen Ueberlieferungen des preußischen Staates, den besonderen Pflichten Preußens innerhalb des Deutschen Reiches gerecht zu werden, damit Preußen weiterhin die feste Klammer bleibe, die unsere Ost- und Westmark an den Körper des Deutschen Reiches kettet."

Zum Reichswehrminister Dr. Geßler äußerte sich der Reichspräsident:

„Möge es Ihnen auch weiterhin gelingen, aus der deutschen Reichswehr das wirkliche Instrument ehrlichen Friedenswillens zu machen, das sie allein sein soll. Meiner, ihres Oberbefehlshabers, Unterstützung dürfen Sie bei diesen Bestrebungen stets gewiß sein."

Dem Vertreter der Reichsbahn und dem Direktor der Reichsbank Dr. Schacht gegenüber wies Reichspräsident Hindenburg auf die schwierige Lage dieser Institute hin, die durch die Bindungen dem Auslande gegenüber entstanden sei. Er hoffe aber, daß es gelingen werde, die aus dieser Sachlage entspringenden doppelten Anforderungen zu erfüllen.

Aus diesem Abdruck tritt die volle Verständigung über das Programm der Republik zwischen dem „Vorwärts", — dem man zur Ablenkung des Volkes von dieser Koalition eine Haussuchung machte, — und Hindenburg offen zu Tage.

Wir haben zu den einzelnen Aussprachen folgendes zu sagen: Im ersten bringt er zum Ausdruck, daß der Parlamentarismus in dieser kapitalistischen Republik die beste Schutzmaßnahme gegen den internationalen Klassenkampf darstellt, dem die SPD. ihre Kräfte zur Verfügung stellt. Zum zweiten wird man in Zukunft den einzelnen Staaten, Bayern, Preußen etc. in ihrer Selbständigkeit eine bessere Stütze für die Bourgeois gewährleisten.

In seinem Ausspruch gegen Braun kommt die gemeinsame Arbeit an der Althergebrachten preußischen Reaktion zum Ausdruck.

Zum vierten hätten wir zu sagen, daß wir an dem ehrlichen Willen der gemeinsamen Herstellung und Aufrechterhaltung des Friedens mit Hilfe der Reichswehr gegen das Proletariat in jeder Beziehung glauben. Die doppelte Gewährleistung für die gemeinsame Verwirklichung der Ausbeutungsmethoden im Sinne der herrschenden Klassen ist geschaffen.

Die Sozialdemokratie kann sich das zur Ehre rechnen; und die Arbeiterklasse kann sich bei ihren Führern bedanken.

Russisch-deutsche Beziehungen

Moskau, 14. 5. (WTB.) Der heutigen Sitzung des Kongresses der Sowjetunion wohnten im Zuhörerraum Krestinski und das gesamte diplomatische Korps bei. Rykoff hielt eine bedeutsame Rede, in der es u. a. hieß,

Rußlands Beziehungen zu Deutschland

charakterisierten sich bis jetzt durch Freundschaft und gegenseitiges Verständnis für die Interessen, die seinerzeit den Rapallovertrag ins Leben riefen. Rußland habe das Bestreben, auch bei der neuen Regierung Deutschlands sein — Demdsatz streng zu befolgen, sich in innerdeutsche Angelegenheiten auf keinen Fall einzumischen. Augenblicklich führe Deutschland Verhandlungen mit der Entente, die nicht einflußlos auf die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen bleiben könnten. Rußland hoffe auf schnelle Unterzeichnung des Handelsvertrages.

Die Unruhen innerhalb der Städte kamen ihnen nicht ungelegen, da sie den Fürsten die Unabhängigkeit der Städte leichter in die Hände spielten. So fand der frühere Mönch Pfeiffer, der das radikale, aktive, jedoch anarchistisch engstirnige Kleinbürgertum der thüringischen Stadt Mühlhausen führte, und dem sich eine Zeitlang auch Thomas Münzer anschloß, die Gunst des Herzogs Johann von Sachsen bei seinen umstürzlerischen Plänen. Gleichwohl ließ ihn dieser nach der für die Bauern unglücklich verlaufenen Schlacht bei Frankenhausen, so gut wie dein meistgehaßten Münzer, hinrichten. Die Bewegung des Bürgertums war zu jener Zeit infolge ihrer inneren Spaltung eine recht schwächliche und kam nicht entfernt zu der großartigen Auswirkung wie einige Jahrhundert später, als in der großen französischen Revolution das Kleinbürgertum am politischen Himmel die höchsten Sterne pflückte. Die „Reformation" war, wie der Erfolg bewies, die Revolution der weltlichen Landesfürsten, und nur insofern der Professor Martin Luther belte, was diese Wölfe heulten, war er der große Macher, für den er sich hielt und für den ihn die bürgerliche Geschichtsschreibung hält.

Das Kleinbürgertum der Städte war damals ein unsicherer Bundesgenosse der zur Verzewiellung getriebenen und in ihren Grundtieifen aufgewühlten Bauernschaft. Nicht nur die Handwerksmeister, sondern auch die Gesellen des Handwerks waren den Bauern, im Gegensatz zu früher, entfremdet. Alle fühlten sie die Schlinge der kapitalistischen, aristokratischen und fürstlichen Ausbeutung am Halse und wußten sich mit größerer oder geringerer Ergebenheit der Uebermacht zu fügen. Das war eine der Ursachen, weshalb sich die Bauern ihre vernichtenden Niederlagen zuzogen. Hinzu kamen noch die schlechte Bewaffnung ihrer Haufen, und die Neigung, ihre Kräfte lokal zu verzetteln. Schließlich aber, und nicht zuletzt war es ihre eigene blinde Wortgläubigkeit, die sie immer wieder lockte, sich auf das Parkett der Verhandlungen mit ihrem hinterhältigen Todfeinde zu begeben. Das naive Volk hatte sich gewöhnt, Herrenwort für bare Münze zu nehmen. Wie oft war ihm das Himmelreich auf Erden versprochen, von Fürsten und fürstenhörigen Pfaffen. Als aber die Bauern auf Einlösung der Versprechungen drangen, und sich Hoffnung machten, bei den „reformfreundlichen" Landesfürsten Unterstützung. Entgegenkommen oder auch nur zuwartende Haltung zu finden, sahen sie sich bitter getäuscht und an Leib und Gut dermaßen gezüchtigt, daß es ihren spätesten Geschlechtern zur Lehre sein konnte. —

(Fortsetzung folgt.)

Die Aera Noske — Löbe — Hindenburg

Gebet des „Reichsbanners".

Vater Hindenburg, Der Du bist im Schlosse,
Gepriesen ist wie Fritze Ebert Dein Name;
Zu uns kamen Deine Heerscharen.
Dein Wille geschieht gegen Himmel und Erde,
Denn auf Schwarz-Rot-Gold hast Du geschworen!
Unsere Republik schützest Du!
Unsere Verfassung wahrest Du!
Unsere Demokratie vollendest Du! —
O, Hindenburg: Führe uns nicht in Versuchung,
Sondern erlöse uns von dem Uebel der Zweitracht!
Denn Dein ist die Kraft des Deutschen Volkes,
Und die vereinigte Macht von Schwarz-Weiß-Rot und
Solange sie dauert. Amen! [Schwarz-Rot-Gold.

(Frei nach Adolf Glaßbrenner.)

Wenn einst das revolutionäre Proletariat als Sieger im letzten Klassenkampfe der Weltgeschichte mit dem Schwerte in der Hand Gerichtstag hält über die im Staube sich windenden Tyrannen und falschen Freunde der ausgebeuteten Klassen, so wird es im Buche der Geschichte neben anderen historischen Daten auch den 12. Mai 1925 eingemeißelt finden. Und — des sind wir, die lebende Generation, gewiß —: die triumphierende Arbeiterklasse wird dann nicht nur die Geißel der Satire über das um Gnade winselnde bürgerliche Otterngezücht schwingen, sondern als gesellschaftlich herrschende Macht rücksichtslos den Hammer der proletarischen Klassengewalt auf ihre enthronten Peiniger und Blutsauger niedersausen lassen. Und daß einem siegreichen Proletariat bei seiner geschichtlichen Urteilsvollziehung an den kapitalistischen Klassen und ihren Trabanten nicht abermals irgendwelche sentimentalen Hanswürste in den Arm fallen können, eine solche Möglichkeit dürfte auch nur durch eine kurze Erinnerung an den 12. Mai anno 1925 schon vollends ausgeschlossen werden.

Denn der 12. Mai 1925 — das ist kein beliebiger grauer Alltag in der Geschichte; der 12. Mai — das ist kein gewöhnliches Glied in der Kette der Entwicklung; der 12. Mai — das ist kein flüchtiger Augenblick im proletarischen Befreiungskampfe; sondern der 12. Mai 1925, das ist abermals ein historischer Wendepunkt wie der 4. August 1914, das ist ein weithin leuchtendes Symbol insofern, als an diesem Tage mit der Vereidigung des monarchistischen Reichspräsidenten der deutschen demokratischen Republik wiederum der Burgfriede zwischen der Ebert-Sozialdemokratie und der Profitbourgeoisie, die „nationale Einigkeit" zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold feierlich bekräftigt und im Zeichen von „Reichsbanner" und „Stahlhelm" die **Aera Noske-Löbe-Hindenburg** offiziell eingeleitet wurde!

Die Aera Noske-Löbe-Hindenburg? Aber die SPD. hat doch den „Kampf" „gegen" die monarchistisch-reaktionären Hindenbürger auf ihre Fahne geschrieben, sie hatte doch für den Einzugstag des kaiserlichen Generalfeldmarschalls die Parole auf „demonstrativ schweigend-abwartende" Stellung aller schwarzrotgoldenen Republikaner herausgegeben, tönt es fragend aus dem Munde ungläubiger und zweifelnder Proletarier. Allerdings, auch die sozialdemokratischen Erbpächter der demokratischen Republik und ihrer Weimarer Verfassung „kämpfen". Doch, ist es etwa zielbewußtes Streben, wenn sich eine zum Hungertode verurteilte Katze in ihrer Verzweiflung in den eigenen Schwanz beißt? Ist es etwa schöpferische Lebensäußerung, wenn ein harpuniertes Walroß mit dem letzten Aufgebot seiner schwindenden Kräfte riesige Meereswogen aufpeitscht? Nein, das sind gewiß nur letzte Zuckungen flehenden Lebens. Und ebenso liegt auch der „Kampf" der sozialdemokratischen Recken gegen die Monarchisten nicht im Sinne der proletarischen Lebensinteressen, sondern ist nur noch ein verzweifeltes Sich-wehren gegen die tödliche Umklammerung einer politischen Entwicklung, die sie selbst durch ihre eigene Politik tatkräftig gefördert haben und in deren zermalmende Mühlsteine sie durch ihre kleinbürgerliche Orientierung zwangsläufig immer mehr hineingeraten.

„Kampf gegen die Hindenbürger, gegen Monarchisten und Schwarz-Weiß-Rot." Es ist nun mal eine unübertreffliche Satire, dieser „Kampf" der Sozialdemokratie. Tag für Tag seit dem ersten Akt der deutschen Königswahl erfüllen die Ebertiner alle Gassen der Republik mit ihrem „antimonarchistischen" Geschrei, wochenlang malen sie an die Wände jedes furchtsamen schwarzrotgoldenen Kleinbürgers das Schreckgespenst der „monarchistischen Restauration" — und das praktische politische Resultat davon? In Preußen lebt das Kabinett Braun seit dem 8. Mai nur noch sichtbar von der Gnade der Hindenburg-Parteien! Blutbund Noske schüttelt am 11. Mai in Hannover dem scheidenden Hindenburg die Hände und bringt als Sozialdemokrat das erste Hoch auf den Vertrauten Wilhelms des Gottmten aus! Und im Hause, das „dem Deutschen Volke" gehört, nimmt am 12. Mai, mittags 12 Uhr der Sozialdemokrat Paul Löbe dem monarchistischen Nachfolger Friedrich Eberts den Treueid auf die Weimarer Verfassung ab! Noske und Löbe — das sind aber keine politischen Nullen in der SPD., das sind Repräsentanten der Ebert-Partei, welche somit dem Amtsantritt Hindenburgs erst die symbolische Weihe gegeben hat! Und schlesische Reichsbanner-Abteilungen huldigen gar am 10. Mai in Oels dem leibhaftigen Exkronprinzen. Welch „antimonarchistische" Perspektiven . . . !

Angesichts solcher Tatsachen ist selbst der nüchternste Repräsentant der schwarzrotgoldenen Presse, der „Vorwärts", ergriffen von der nationalen, „echt"-republikanischen Größe des 12. Mai und tritt aus seiner bisherigen Reserve heraus. Triumphierend stellt er am Morgen des 13. Mai fest, daß der von den Nationalisten gewählte Hindenburg wie ein Republikaner, wie ein Pazifist und Anhänger der verfehmten Erfüllungspolitik, wie ein — Novembermann gesprochen hat! „Der Amtsantritt Hindenburgs, ein Sieg der Republik." Heil, Vater Hindenburg! . . .

Jawohl, auch die Hindenbürger sind Republikaner, auch die Schwarz-Weiß-Roten! Jawohl, die bürgerliche Demokratie umarmt wie eine feile Dirne jeden, unbekümmert darum, was für ein Hemd er trägt! „Die ganze Welt ist republikanisch geworden." Und die trefflichen Sozialdemokraten, sie stehen wieder mal auf dem berühmten Boden der Tatsachen, weil ihnen ja gar keine andere reale Möglichkeit mehr bleibt, im Konkurrenzstreit des Groß- und Kleinbürgertums um die politische Ausübung der Profitdiktatur einen kapitalistischen Sklavenaufseherposten zu erringen.

Ihr aber, Proletarier, die ihr unter der Reichsbanneriahne der Sozialdemokratie und ihrer Gewerkschaften marschiert, — verneigt Euch vor dem nationalen Sinnbild der angebrochenen Noske-Löbe-Hindenburg-Aera und seid eingedenk jener unvergleichlichen Worte, die schon anno 1848 der politische Satiriker Adolf Glaßbrenner dem tapieren schwarzrotgoldenen Recken ins Stammbuch schrieb, und die da lauten:

„Ick bin ein Deutscher, kennt ihr meine Farben?
Sie lachen schwarz-rot-jold uns an und aus!
Det vor die Freiheit meine Brüder starben,
Des is schon recht: allein es ward nischt draus.
Drum müssen wir es wagen
Und alleene still ertragen!
Nur Muft! Nur Muft! Die Büchse aus der Hand!
Ein deutscher Mann ibt passiv Widerstand!"

Der Tod Sawinkow, eines Führers der russischen Sozialrevolutionäre

Aus der „Roten Fahne" vom Donnerstag, 14. Mai, entnehmen wir dazu folgende Meldung:

Der Sozialrevolutionär Sawinkow bittet um Begnadigung und Arbeit von der Sowjetregierung.

(Rosta) Moskau, 13. Mai. In einem Brief an Dzerjinski, der in der Presse veröffentlicht wird, erklärt Sawinkow unter anderem wörtlich folgendes: „Als man mich verhaftete, war ich überzeugt, daß es für mich nur zwei Möglichkeiten gibt: die erste und beinahe zweifellose war die Erschießung, die zweite Möglichkeit war, daß man mir glauben schenken wird und mich zu irgendeiner Arbeit verwenden wird. Die dritte Lösung — Gefängnisstrafe schien mir ausgeschlossen. Meine Verbrechen können nicht durch Gefängnisstrafe bestraft werden. Veränderu kann mich das Gefängnis nicht. Mich hat schon das Leben vieles gelehrt und verändert. Einige Monate wartete ich auf Begnadigung. Und doch erwies sich die dritte Lösung als unmöglich. Ich bin eingesperrt und werde eingesperrt bleiben, wo man doch an meiner Aufrichtigkeit kaum zweifeln kann und ich diese Aufrichtigkeit beweisen möchte. Ich habe im Gefängnis vieles überlegt und ich schäme mich nicht, eingestehen, daß ich vieles gelernt habe. Wenn ihr mir glaubt, so beweist mich und gebt mir irgend eine Arbeit, sei es auch die untergeordnete. Denn auch ich habe ja einmal für die Revolution gekämpft."

*

Wir veröffentlichten bereits vor einigen Monaten eine Unterredung des Korrespondenten der „Prager Presse" mit Sawinkow in Gefängnis. Schon damals hat sich Sawinkow, der Führer der SR. und einst gehäßigster Feind der Sowjetregierung, in ähnlichem Sinne geäuß

Die Lage in Marokko

Paris, 12. 5. (WTB.) Ministerpräsident Painlevé hat nach Beendigung des heutigen Ministerrats den Vertretern der Presse über die Lage in Marokko erklärt, die nunmehr stabilisierte Lage sei heikel gewesen, ohne allerdings große Operationen wie in früheren Jahren erfordert zu haben. Alle bis heute durchgeführten Operationen hätten nur kleinen Umfang gehabt und geringe Opfer an Menschenleben gefordert. Doch müsse man bedenken, daß die Operationsfront sehr groß sei. Es sei viel Wachsamkeit notwendig, da die Lage doch noch als schwierig bezeichnet werden müsse.

Im Verlaufe des heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Ministerrats ist die zeitweilige Ernennung des der Sozialistisch-Republikanischen Partei angehörenden Abgeordneten Violette zum Generalgouverneur von Algier beschlossen worden.

Die Sozialdemokraten sind überall dazu fähig alle kapitalistischen Unterjochungsmanöver mit ihrem Namen zu decken. Gegen eine gute Livré nebst einem scheinbar sicheren Sessel und ein paar Henkersgroschen hat sie von jeher das Proletariat und die eigene Gesinnung an die herrschende Klasse verkauft.

In Paris, auf dem Kongreß der 2. Internationale, predigt man Frieden und Menschheitsverbrüderung, während man im selben Augenblick vom Kapital die Rolle der Kriegsführung übernimmt.

Paris, 14. 5. (T.-U.) Nach einem amtlichen Bericht aus Rabat hat gestern die Generaloffensive gegen Abd el Krim begonnen. Der amtliche Bericht lautet: „Die Kampfhandlungen zur Einnahme der Anhöhen von Bibane haben gestern früh nach dem Plan des Generals Chambrun nördlich von Quergha, Qurtzagh und Tradant begonnen. Die Kolonnen des Generals Colombat griffen nach heftiger Artillerie- und Flugzeugvorbereitung die Stellung des Gegners an. Sie arbeiten sich normal an den Berg heran, auf dem sich die Rifleute in modernen Laufgräben verschanzt haben. Nach den letzten Meldungen haben sie überall großen Erfolg gehabt.

Abbau von 30 000 Eisenbahnern

Die Ausbeutung der deutschen Eisenbahner im Interesse des Profits muß unbedingt noch gesteigert werden.

Die „DAZ." berichtet darüber am 14. Mai:

Weiterer Personalabbau bei der Reichsbahn.

In der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat eine Sitzung der Direktionspräsidenten stattgefunden, in der die Präsidenten allgemein über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Reichsbahn-Gesellschaft orientiert wurden. Der stellvertretende Generaldirektor, Staatssekretär a. D. Stieler, nahm Gelegenheit, darauf hinzuweisen, welcher Anstrengungen es bedürfe, um den an die Deutsche Reichsbahn in volkswirtschaftlicher wie in privatwirtschaftlicher Hinsicht herantretenden Forderungen gerecht zu werden. Die Aussprache war nur von kurzer Dauer. Detaillierte Angaben über die notwendigen Maßregeln wurden nicht gemacht. Dagegen wird an zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß der Personalbestand der Reichsbahn im Augenblick 765 000 Köpfe zählte, im Frieden dagegen nur 700 000, so daß ein weiterer Abbau in geringen Grenzen unvermeidlich sein dürfte.

Wie verlautet sollen die Entlassungen, die schon in kurzer Zeit in Angriff genommen werden, 30 000 Arbeiter auf die Straße setzen.

Das Kapital arbeitet mit seinem Sklavenmaterial ganz willkürlich. Die Leistung muß erhöht werden, die Unkosten verringert. Das Proletariat muß bluten. Die Gewerkschaften stehen dabei und zucken die Achseln. Es ist eben einmal kapitalistische Profitwirtschaft. Da hilft eben kein zetern und zagen, da hilft nur Revolution.

Generalstreik im rheinisch-westfälischen Baugewerbe

In Rheinland-Westfalen haben die gesamten Bauarbeiter am Donnerstag morgen geschlossen die Arbeit niedergelegt. Als Streikursache gilt die Ablehnung des durch den staatlichen Schlichter gefällten Schiedsspruchs. Gefordert werden 1,20 Mark Stundenlohn als Spitzenlohn. Bei diesem Streik handelt es sich um etwa 12 000 Arbeiter des gesamten rheinisch-westfälischen Hochbau- und Betongewerbes. Zwischen den Parteien der Unternehmer und Gewerkschaften haben, wie aus Köln gemeldet wird, Donnerstag vormittag um 10 Uhr neue Verhandlungen begonnen.

Im Augenblick, wo der Streik beginnt setzt man sich sofort wieder an den Verhandlungstisch, um den Kampf so schnell wie möglich abzuwürgen.

Im Schillbecker Prozeß

beantragte der Staatsanwalt Hildebrandt

67 Jahre 10 Monate Festung, 3600 Mark Geldstrafe

v. 25 Mk. pro Tag.

Diese Strafen bewegen sich von 1—4 Jahre, mit den üblichen Geldstrafen. Auch in diesem Prozeß wurden, was überall üblich ist, wieder die sadistischen Mißhandlungen der „Brüder im grünen Rock" gegen die Gefangenen festgestellt. Hoffentlich hat die grüne Schupozelle der KPD. diese Apparate des modernen Staates bald revolutionier und bolschewisiert.

Das ganze Proletariat wartet auf die Zellenpraxis in der deutschen Justiz.

Nachträgliches zur Betriebsratswahl

Aus Altona wird uns folgendes, das die Machtlosigkeit der KPD.-Zellen im Betrieb und ihre Taktik gegen unsere Genossen aufzeigt, zum Abdruck gesandt.

In einem größeren Betrieb der Reichs-Eisenbahn in Altona sollten zu den stattfindenden Wahlen des Betriebsrats die Vorschlagslisten eingereicht werden. In seiner Hilflosigkeit, in Ermangelung an eigenen Kräften, trat der KP.-Obmann an einen Genossen der AAU. heran, mit der Aufforderung sich als Betriebsrat aufstellen zu lassen. Auf diesen taktischen Zug des KPD.-Funktionärs, der darauf ausging die Genossen in den Betrieben zu korrumpieren, gab der Genosse der Union die Antwort, daß es ein Unsinn höchsten Grades sei, mit solchen Fragen an einen Unionisten heranzutreten. Diese Frage sei vollkommen undiskutabel, er brauche die „Immunität" des Betriebsrates nicht, um seine Politik im Betrieb zu treiben. Auf diese Antwort setzte ein ganz erkleckliches wüstes Geschimpfe gegen den Gen. der AAU. von Seiten des KPD.-Mannes ein. Er bezeichnete den Genossen, den er vorher als Betriebsrat in Vorschlag gebracht hatte, als Spitzel.

Auf die Aufforderung, dafür mindestens den Beweis antreten zu müssen, erklärte der KPD.-Betriebsrat, daß der Unionsgenosse sich ja nicht für Moskau oder Amsterdam entschieden hätte, und zu allen Tagesfragen eine andere Stellung einnehme. — (Ein schöner Beweis!) — Der Genosse der AAU. konnte feststellen, daß ein Teil der KPD.-Genossen denn doch nicht mit der Ansicht ihres Betriebszellen-Obmanns einverstanden waren. Nur so weiter ihr Reformisten mit dem Sowjetstern. Ihr arbeitet für uns.

Ein anderes Beispiel dieser KPD.-Reformisten, das an den gleichen Betriebsratswahlrummel anknüpft.

Das Geschmiere des „Freien Eisenbahner" Nr. 17 vom 3. Mai, des Organs der gewerkschaftlichen KPD.-Reformisten von Moskaus Gnaden, bringt in einem Aufruf und in einem Artikel folgende Zweiseelenverdummung der Gewerkschafts-Einheit zum Vorschein:

Eisenbahner entscheidet Euch
Gegen das Hungerelend,
Für auskömmlichen Lohn,
Gegen Abbau,
Für Achtstundentag,
Gegen Uebergriffe der Verwaltung!

Protestiert gegen den Verrat des DEV., AEV. und GDE.

Keine Stimme diesen Parteien.

Dem gegenüber schreibt dieselbe Gewerkschaftsjournaille an anderer Stelle:

„An den Orten, wo keine eigenen Listen des „Freien Eisenbahnerverbandes" aufgestellt sind, wählen die Kollegen die Listen des DEV.; (die nach der „Volkszeitung" zum großen Teil aus Streikbrechern bestehen sollen.)

Die Dummheit, mit der die KPD.-Mitglieder dieser Gewerkschaften solche politische Frechheit in der Presse hinnehmen, ist größer als die Polizei erlaubt.

Jüdischer Nationalkommunismus

Lehrerstreik in den hebräischen Schulen Palästinas.

Jerusalem (J. T. A). Die hebräischen Schulen sind nach Beendigung der Passah-Ferien nicht wieder eröffnet worden, da der Lehrerverein den Streik proklamiert hat. Die Lehrerschaft forderte daß die Zionistische Exekutive die volle Verantwortung für die Deckung des gesamten Unterrichtsbudget in Palästina übernehmen soll. Die Exekutive lehnte diese Forderung ab, worauf der Streik proklamiert wurde. Die Zionistische Exekutive veröffentlichte am 22. April eine Erklärung, daß sie die Verhandlungen mit der Lehrerschaft solange nicht wieder aufnehmen wird, als der Unterricht in den Schulen nicht wieder begonnen hat."

Diese Meldung der „Jüdischen Telegraphen-Agentur" über den Lehrerstreik in Palästina beweis: wieder aufs neue, daß es eine Utopie ist, im Kapitalismus, unter der Herrschaft des Klassenstaates, kommunistische Gemeinwesen zu schaffen. Wie die zionistische „Jüdische Rundschau am 24. April nach einer Mitteilung aus Jerusalem meldet, streiken die Lehrer nicht nur um die Sicherung ihrer Zukunft, wie die „J. T. A." dies umbiegt, sondern in erster Linie um die Auszahlung zweier rückständiger Monatsgehälter.

„Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Heimstätte in Palästina". („Baseler Programm"). Das junge zionistische Element, das nach Palästina geht, um dort den nationalen Judenstaat auf kommunistischer Grundlage zu schaffen, besteht fast ausschließlich aus dem allerbesten Menschenmaterial. Größtenteils der besitzlosen Klasse entstammend, vom Schacher und vom kapitalistischen Morast angeekelt, wollen sie der Welt beweisen, daß der Jude auch körperlicher, in der schwersten körperlichen Arbeit, der Landwirtschaft gewachsen ist. Die kommunistische Einstellung der Auswanderer nach Palästina ist nur gefühlsmäßig. Aber niemand geht nach Palästina in der Hoffnung, dort ein Eldorado vorzufinden. Jeder ist sich bewußt, daß er als Pionier für eine Zukunftsache einen Leben voll harter Arbeit und Entbehrung entgegengeht. Wie alle Nachrichten aus Palästina übereinstimmend berichten, leistet der traditionell körperlicher Arbeit entwöhnte jüdische Nachwuchs dort unter den denkbar schwierigsten Umständen mustergültige kolonisatorische Arbeit. An Gemeinschaftswillen fehlt es in Palästina also gewiß nicht. Trotz aller Begeisterung und hoher Ideale der jungen Zionisten für die Sache, reißen die Streiks nicht ab. Kürzlich waren es die Arbeiter die gegen die von ihnen selbst geschaffenen zionistischen Unternehmer streikten, und jetzt die Lehrer.

Das junge zionistische Element lernt so an der Geschichte Palästinas, d. h. am eigenen Leibe erkennen, daß die Menschheit sich nicht ihr Dasein gestalten kann durch ihr Wollen auf Grund abstrakter Theorien und Programme. Das regulative Prinzip der Weltgeschichte ist der Klassenkampf. Die Triebkräfte der Oekonomie regeln das wirtschaftliche Werden nach eigenen ehernen Gesetzen und schieben alles abweichende Wollen beiseite. Die durch Gemeinschaftswillen geschaffenen Organisationen stellen Kapital dar, solange die Umwelt kapitalistisch ist. Sie sind auf Profit angewiesen, auf Akkumulation auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter. Die Schöpfer der „Gemeinschaften" sind Ausgebeutete, ihre Erwerbs-Organisationen Ausbeuter. Die Glieder der „Kommune" müssen um ihr reales Dasein kämpfen, die „Kommunen", d. h. ihre Leiter müssen sich auf den Herr-im-Hause-Standpunkt stellen. Der obigen Meldung der „J. T. A." fügt die „Jüdische Rundschau" in der angezogenen Notiz noch hinzu, daß der von der ganzen zionistischen Welt begeistert anerkannte Führer der zionistischen Weltorganisation, Prof Dr. Weizmann, einer Deputation der streikenden Lehrer einen Empfang verweigerte und nach Europa abreiste. Aber gerade die jüdischen Lehrer, die in Europa gewiß nicht auf Rosen gebettet waren, sind das treibende Element in der zionistischen Bewegung. Wenn sie um ihr kärgliches Dasein durch Kampf gegen den Zionismus ringen müssen, so hat dies seine wohlbegründete Berechtigung. Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen, kann auch wieder den Brüsken ihr Betragen nicht verargt werden. In einer Klassengesellschaft gibt es eben keine Klassenharmonie.

Kommunismus kann nicht eine Nation zur Grundlage haben, sondern erst beginnen am Ende der Nationen. Auf den Trümmern der Nationen und der nationalen Ideologie erst beginnt kommunistisches Werden. Kommunismus beginnt nicht am Anfang, sondern am Ende der Nation und ist nur denkbar auf einem ganz abgeschlossenen großen Wirtschaftsgebiet, das unabhängig ist von der Rohstoff- und Produktionsmittelindustrie. In Palästina beginnt sich trotz alles Gemeinschaftswollens Kapital zu bilden und dadurch Klassen und Klassengegensätze. Diese können nicht überbrückt, sondern nur überwunden werden. Erst in der Klassengesellschaft, in dem neugeschaffenen Kapitalismus werden die Kräfte geboren und herangezogen, die diesen überwinden können. Schon der Beginn der palästinensischen Wirtschaft lehrt den zionistischen Nationalkommunisten den Klassenkampf. Die größer werdenden Widersprüche werden sie erkennen lehren, daß ihr Ziel nur durch die Revolution errungen werden kann.

Die K.P.D. ist um Kanonen nicht verlegen

Von einem Genossen aus Kiel erhalten wir folgende interessante Sache:

Das alle großen Parteien auf Massenfang ausgehen ist schon eine alte Sache, die früher Bauernlegen oder Bauernfang betitelt wurde. Die KPD. muß natürlich als Massenpartei, mit dem Prinzip: „Die Hauptsache sind die Massen, Massen als Mittel zum Zweck, als Werkzeug, unter der Parole der 3. Internationale „Ran an die Massen!", um die Mittel, die Massen zu interessieren auch nicht verlegen sein. Der Zweck heiligt die Mittel, und auf eine Notlüge mehr oder weniger kommt es dabei auch nicht an — korrumpiert wird man ja einmal doch. Ein altes Mittel ist es, mit Autoritäten, mit Kanonen, — auch wenn es ein paar goldene Sowjetrubel kostet, — die Massen zu locken. Wenn nun keine solche Kanonen mehr am Lager sind, die Autorität schon so stark abgewaschen ist, daß sie nicht mehr zieht, dann geht man über die Grenze und holt aus dem Lande Nirgendwo eine neue, oder neu aufgefrischte Kanone. (Früher wurde deutsche Ware zum Schein im deutschen Hafen als Exportgut ins Ausland verladen, im ausländischen Freihafen im deutschen Hafen mit fremden Stempeln versehen, und dann wieder als Auslandsware eingeführt.)

Also ein KPD.-Genosse plaudert unsern Genossen folgendes Geheimnis aus: In Kiel, in einer Kundgebung der KPD., sprachen u. a. ein Engländer und ein Franzose. Nun, da man diese beiden Kanonen bei Licht betrachtet, kann man folgendes entdecken: „Der Franzose ist der Erwerbslose von Beruf, Andree, — und der Engländer ist der bekannte Walter, vom Seemannsbund.

Man ist um Kanonen nicht verlegen.

Ausland

Skandinavischer Brief

Verrat auf der ganzen Linie.

Die Hauptursache für die Vergröberung des Nock-outs liegt im Verhalten des Verbandes der Arbeitsmänner, der etwa 80 000 Arbeiter umfaßt. In den letzten Jahren hat der D. s. F. (Dänischer Gewerkschaftsbund) eine Politik des Fachegoismus getrieben, dem die ungelernten Arbeiter zum Opfer gefallen sind. Deren Löhne sind 35 bis 50 v. H. niedriger wie die der gelernten Arbeiter. Da bei einem Streik der Arbeiter die gelernten Arbeiter nicht im Stande sind, zu arbeiten, hat der Arbeitgeber-Verband mit offener Unterstützung des D. s. F. die ungelernten Arbeiter allemal auf die Knie gezwungen. Als 1922 der Verband der Arbeitsmänner gegen die Politik des Fachegoismus opponierte, indem dieser den Streik nach beendeter Aussperrung für die gelernten Arbeiter, die sich dem Schiedsspruch des staatlichen Schlichters unterwarfen, selbst erklärte, entzog der D. s. F. den Arbeitsmännern die Unterstützung der nationalen und internationalen Organisationen. Der Verband der Arbeitsmänner, auf sich allein angewiesen, konnte den Streik nicht durchführen und mußte ebenfalls zu Kreuze kriechen.

Nun soll sich dieses Spiel von 1922 wiederholen. Lyngsie, Führer der Arbeitsmänner, hat sich vorgenommen, den Kampf für Verbesserung der Löhne der Arbeitsmänner bis aufs Messer zu führen. Er hat die Einberufung einer internationalen Transportarbeiter-Konferenz zwecks Durchführung einer internationalen Aktion versucht. Hierbei ist er auf den Widerstand der politischen Interessen der Sozialdemokraten, die im Interesse der sozialdemokratischen „Arbeiter"-Regierung Stauning den Kampf schnellmöglichst aus der Welt geschafft wissen wollen, gestoßen. Die Konferenz fand statt in Stockholm. Vertreten waren Finnen-Holland, Norwegen, Schweden, Lyngsie-Dänemark. Die Sabotage dieser Konferenz war offensichtlich. Deutschland, England u. a. waren nicht vertreten, der Grund dafür leicht erkennbar. An ersten Tage der Beratung erhielt Lyngsie ein Telegramm aus Kopenhagen, sofort zurückkehren, ohne zu erfahren, wer Absender des Telegramms war.

Am 28. April waren die Repräsentanten des D. s. F. (Dänischen Gewerkschaftsbundes) versammelt. Hier ist es zum offenen Bruch zwischen Lyngsie (Arbeitsmänner) und den übrigen Gewerkschaftsvertretern gekommen. Lyngsie hat die Versammlung verlassen und droht mit Austritt aus dem D. s. F. mit seinen 80 000 Mann. Die Arbeitsmänner, allein auf sich gestellt, können selbstverständlich den Kampf nicht lange aushalten, denn alle Gelder des Auslandes gehen durch die Hände des Vorsitzenden des D. s. F. und dieser, F. C. Madsen, ist der Reaktionärste innerhalb der Gewerkschafts- und Parteibesitzer. Anlaß zum Bruche ist: In der letzten Woche hat M. geheime Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband und den Schiedsrichtern gepflogen. Lyngsie verlangte Aufklärungen hierüber, die M. zu geben verweigerte. Jemand, der von diesen Verhandlungen Wind erhalten hatte und Verrat witterte, hat wohl Lyngsie ein Telegramm nach Stockholm gesandt und daraufhin ist diese Stockholmer Konferenz so eilig und resultatlos auseinandergeflogen.

Die bürgerlichen Blätter sind, nachdem diese tagtäglich den Arbeitern Dänemarks von Vergleich und Volksinteressen usw. vorschwafelten, um in ihren Reihen Verwirrung zu säen über den entstandenen Streit der Bonzen, ernsthaft erschreckt und wittern Gefahr, daß an dem Widerstande der Arbeitsmänner vielleicht die Unterwerfung der Arbeiter unter das Diktat des Arbeitgeber-Verbandes scheitern könnte. Nun hat Lyngsie außer dem Widerstande innerhalb der D. s. F. im engeren Vorstande seines Verbandes heftige Gegner, die F. C. Madsen in die Hände arbeiten. Lyngsie hat die Repräsentanten seines Verbandes innerhalb der Provinz nach Kopenhagen zu einer Konferenz einberufen. Auch die Repräsentanten des D. s. F. sind zu einer Konferenz zusammengerufen und das ausgerechnet zwei Tage vor Abhaltung der Generalversammlung des D. s. F., wo zum Teil die Arbeiter selbst Stellung zum Konflikt nehmen werden. Man will also die Generalversammlung des D. s. F. durch einen fertigen Beschluß der Repräsentantenversammlung, also einer Versammlung von lauter Gewerkschaftsbürokraten, überraschen und vor fertige Tatsachen stellen.

Der Kampf wird sich mit Sicherheit noch eine zeitlang hinziehen, doch ist dessen Ausgang schon längst entschieden.

Verrat! Der Verrat triumphiert erneut!

Ungeheuere Kampfenergien werden den Interessen einer verabscheuungswürdigen Kaste von Verrätern geopfert. Ungeheuere ideologische Kampfwerte verschwendet. Ein widerliches Bild von Fäulnis und Korruption wird offenbar.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Achtung! Bezirksführer und Arb.-Ausschuß-Mitglieder.

Die nächste Sitzung der Berliner Zentrale am Dienstag, den 19. Mai fällt aus, dafür findet am Mittwoch, den 20. Mai eine Funktionär-Versammlung gemeinsam mit der Union bei Boeker, Weberstraße, statt. Alle Bezirksführer haben zu erscheinen. — Die Sitzung des Arbeits-Ausschusses findet nicht am Mittwoch, den 20. Mai, sondern am Freitag, den 22. Mai statt.

17. Bezirk (Lichtenberg) der AAU. Die nächste Bezirksmitglieder-Versammlung findet am Freitag, den 22. Mai 1925, abends 7½ Uhr, im Lokal Pickenhagen, Scharnweberstr. 60, statt. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch! Sammelt für den Pressefond!

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Isadonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 39

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der imperialistische Krieg

in Marokko

Immer noch tobt der Krieg in Marokko. Die französischen Kapitalisten versuchen mit allen Mitteln der modernen Kriegstechnik der Lage Herr zu werden. Es scheint jedoch noch keine wesentliche Aenderung eingetreten zu sein. Die Riffkabylen unterstehen einer guten militärischen Leitung, und sind ebenfalls mit den besten modernen Kriegswaffen ausgerüstet. Sie haben den französischen Truppen, die noch immer verstärkt werden, schon große Verluste zugefügt. Wie aus verschiedenen Berichten zu ersehen ist, wird dieser Kriegszustand sehr kritisch aufgefaßt.

Dieser Krieg wird von einer Republik geführt, in der ebenso wie hier in Deutschland, die sogenannten Linken an der Regierung sind. Wir sehen hieraus, daß nicht die Staatsverwaltung, sondern das kapitalistische Staatsgetriebe in den imperialistischen Manövern den Ton angibt. Im Interesse des französischen Kapitals, nicht im Interesse der Demokratie in Frankreich liegt es, diesen Krieg zu führen. Der Krieg wird auch nicht gegen einen Aufstand der Riffkabylen um ihre Freiheit von den Ketten der kapitalistischen Ausbeutung geführt, sondern es ist der Krieg zwischen zwei kapitalistischen Interessengruppen. Nie wird die besitzlose Klasse in den Besitz dieser modernen Kriegsrüstung kommen. Das Kapital wird mit allen Mitteln unterbinden, daß sich an irgend einem Ort die Unterdrückten gegen die herrschende Klasse erheben.

Hinter den Riffkabylen stehen bestimmte kapitalistische Interessenkreise, die sich mit dem wirtschaftlichen Umwälzungsprozeß im Orient entwickelt haben, und die den Kampf um ihre Unabhängigkeit aus dem Kolonialsystem, um die Herrschaft um diese Gebiete führen. Die Entwicklung des Kapitalismus hat sie entfaltet, und zwar zu einer ganz besonderen Macht, und nun führen sie den Kampf mit den alten Weltmächten. Das französische Kapital sieht seine Kolonialmacht gefährdet, sieht sich seiner Herrscherrolle beraubt, das muß in bezug auf die Weltkrise, die Krise Frankreichs und die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft mit aller Macht unterdrückt werden. Aus diesem Grunde ist zu verstehen, daß Frankreich, das sich hauptsächlich auf diese Kolonien stützt, die ihm auch einen glänzenden Stützpunkt am Mittelmeer bieten, sich zu den schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen entschlossen hat. Es führt in Marokko schon seit 1907 diesen Krieg gegen die Selbstherrschaft seiner Kolonien.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat gegen diesen Krieg eine Protestkundgebung erlassen, in der sie sich für die Riffbewohner aussprechen. Dieser Aufruf hat nichts im Interesse des proletarischen Klassenkampfes zu tun, sondern er zeigt ganz die Linie der KP. Es kann sich für das Proletariat nicht darum handeln, sich für eine unterdrückte Nation einzusetzen, sondern für das internationale Proletariat. Die deutsche Sozialdemokratie setzte sich aus dem selben Grunde 1914 für den Krieg gegen die Entente, für die Kriegskredite ein. Das deutsche Proletariat führte als Werkzeug des deutschen Kapitals die Waffen gegen das französische Proletariat als Werkzeug jenes Kapitals. Ebenso ist es in diesem Falle. Das Proletariat ist in den Händen des Kapitals immer Werkzeug und Kanonenfutter.

Unsere Aufgabe ist es, jedem Krieg den internationalen Klassenkampf entgegenzusetzen.

Dorsfeld, die neue Schlachtbank der Bergsklaven

Die Reihe der Bergwerkskatastrophen reißt nicht ab. Hannibal, Minister Stein, Mathias Stinnes und nun schon wieder in Dorstfeld. Die ungeheure Ausbeutung, die neuen Treibersysteme, treiben die Proletarier in den Bergwerken rücksichtslos auf die Schlachtbank. Menschenmaterial ist zum Kampf mit Kohle geworden, davon ist genügend vorhanden, denn tagtäglich werden neue dem Ueberfluß an Arbeitslosen zugereiht.

150 Arbeiter haben am 16. Mai auf der Grube Dorstfeld, Schacht 1—5, ihre Kündigung erhalten und werden am 1. Juni arbeitslos.

Da kommt es auf 50 Mann mehr oder weniger nicht an, die um so früher auf den Friedhof wandern. Ersatz ist immer vorhanden.

Die Zahl der Toten bei dem letzten Grubenunglück am 16. Mai beträgt 45, von denen 43 geborgen sind, die Zahl der Verletzten 25. Die Ursache der Katastrophe ist in der Entzündung des Hauptsprengstofflagers zu suchen, in dem 1050 Kilogramm Sprengstoff aufbewahrt wurden. Die Explosion hat die in der Nähe liegenden Strecken und ferner hauptsächlich die erste Steigerabteilung betroffen, wo 34 Mann umkamen. Die Fortpflanzung der Explosion ist durch die Gesteinstaubstreuung aufgehalten worden. Der Unfallausschuß der Grubensicherheitskolonne ist mit Behördenvertretern eingefahren. Die Untersuchung ist im Gange und erstreckt sich hauptsächlich auf die Ursache der Entzündung des Sprengstofflagers.

Die Beerdigung der Opfer der Dorstfelder Katastrophe findet am Mittwoch, den 20. Mai statt.

Mit ihnen werden wieder die neuen Beweise der Ausbeutung der Proletarier in der modernen Lohnsklaverei vor der gesamten Arbeiterklasse aufgehabt. Das Prinzip des Kapitals, Einschränkung der Arbeiter, Steigerung des Profits, brennt seine Siegel in das Fleisch der Proleten. Doch sie merken nichts, sie bleiben stumm und geduldig Werkzeuge der kapitalistischen Profitwirtschaft. Die Krise treibt die Kapitalisten zu immer schärferen Maßnahmen, doch die Arbeiter warten auf das Heil der Gewerkschaften. Diese stellen der Regierung als Antwort auf das neue Unglück den Antrag auf die Ermöglichung der Mehrleistung im Ruhrbergbau durch Kreditunterstützung etc., um die Konkurrenzfähigkeit wieder zu schaffen. Und die KPD. gebärdet sich mal wieder etwas radikaler im Anträgestellen. Sie fragt an:

„1. Ist die Regierung endlich gewillt, strenge Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle zu treffen?

2. Was gedenkt die Regierung überhaupt zu tun, zur Beseitigung des mörderischen Prämien- und Antreibersystems?"

Wir müssen den Proletarier sagen, nie wird ein Staat oder eine Regierung das eigene System bekämpfen, und nie wird die kapitalistische Macht in ihrem System Eingriffe billigen, es sei denn, das Proletariat zertrümmere dies System, dann wird auch jede Vorsichtsmaßnahme im Interesse des Arbeiters Geltung haben. Noch ist der Proletarier nur Werkzeug. Mensch wird er erst durch die Eroberung seiner Macht.

Zölle, der letzte Rettungsanker

Berlin, den 19. Mai.

Der Entwurf für den neuen Zolltarif ist heute der Oeffentlichkeit übergeben. Er ist der Regierung zur Beratung übergeben, um so schnell wie möglich darüber zum Abschluß zu kommen und die Zölle schon am 1. August gesetzkräftig zu machen.

Der Tarif umfaßt 945 Tarifnummern, er belegt fast sämtliche Waren mit ungeheuren Zollasten.

Es ist der letzte Versuch, das Krisendilemma durch Selbstentziehung zu überwinden.

Wir kommen in der nächsten Nummer der „KAZ." näher darauf zurück.

Die Ueberreichung der Entwaffnungsnote

London, 18. Mai. (WTB.) Wie Reuter erfährt, könne angenommen werden, daß die Note der Alliierten in der Frage der Entwaffnung Deutschlands im Laufe dieser Woche in Berlin überreicht wird.

Die französische Antwortnote an Deutschland auf die letzten deutschen Vorschläge für einen Sicherheitspakt, die der britischen Regierung bereits mitgeteilt ist, wird aller Wahrscheinlichkeit nach dem britischen Kabinett in seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Um die Lösung des Weltpolitischen Dilemmas

Die Frage des Sicherheitspaktes erreicht nun immer mehr seinen Höhepunkt. Sie muß sich unbedingt mit gesteigerter Spannung zu einem Endergebnis entwickeln, denn die Lage des Weltmarktes drängt zu einer Lösung der internationalen Handelsbeziehungen, um eine Entscheidung über die Weltkrise zu finden. Die Zollpolitik der einzelnen Staaten nimmt immer kritischere Formen an, und verwickelt die wirtschaftlichen Verhältnisse der Staaten in immer größere Widersprüche. Jeder Staat sucht sich vor der Ueberfremdung durch ausländische Kapitalien und Produkte zu schützen. Dadurch entsteht, jeder Staat, der seine Wirtschaft zum größten Teil auf Export eingestellt hatte, es sind das fast alle Staaten, schnürt sich die Grundlage seiner Produktion ab.

Die Kolonialpolitik, die im Export und überhaupt im gesamten Welthandel der einzelnen großimperialistischen Staaten, eine große Rolle spielte, ist durch den industriellen Umwälzungsprozeß der Weltwirtschaft zum großen Teil in dem alten Verhältnis auch unterbunden. Die sich entwickelnden Kolonialkriege, u. a. auch der augenblickliche Marokkokrieg Frankreichs, die um die imperialistische Beherrschung dieser Gebiete, im Interesse der zukünftigen Weltmachtentwicklung geführt werden, beweisen diesen weltwirtschaftlichen und politischen Entwicklungsgang.

Deutschland

spielt in den Fragen der Weltpolitik, durch seine Stellung infolge des Kriegsausganges und durch sein Verhältnis in der Weltkrise, augenblicklich wieder eine Hauptrolle. Diese Rolle ist bestimmt durch seine industriellen, seine wirtschafts- und handelspolitischen Eigenschaften, die sich auf den Weltkapitalismus auswirken. Die Versuche des Kapitals, die Weltkrise zu lösen, können nur unternommen werden, wenn man die Hauptkräfte der Weltwirtschaft, die Staaten, die für den Export und Import, für die Realisierung des Warenumsatzes auf dem Weltmarkt in Frage kommen, wirtschaftlich am Leben erhält. Noch dazu, daß es sich in Deutschland um den Schuldnerstaat handelt, den man für die Wirkungen des Krieges, für die Vernichtung der Wirtschaft der einzelnen Gläubigerstaaten verantwortlich machen will. Darum ist eine der Hauptfragen, unter denen man an Deutschland herantritt, die Reparationsfrage, die Frage des Dawes-Paktes.

Ueber dies stellt Deutschland in der neuzeitlichen Entwicklung des Weltimperialismus auch eine Hauptfrage da. Es bildet in seiner mitteleuropäischen Lage den Brennpunkt zwischen den Osten und den westimperialistischen Mächten. In den Fragen der Sicherheitsverhandlungen, die den Versuch der neuen Lösung der Weltkrise vorstellen, ist dies die Hauptfrage. Es ist die Frage, ob sich Deutschland nach dem Osten oder nach dem Westen orientieren wird.

Der Außenminister Stresemann versuchte am Montag, den 18. Mai, die klägliche Rolle Deutschlands in dieser Frage aufzuziehen. Es sollte seine Aufgabe sein, den Beweis zu liefern, daß mit der Kandidatur Hindenburgs, unter dem neuen Reichspräsidenten, sich an dem Kurs der deutschen Wirtschaftspolitik, die auch unter Ebert vom Kapital ausging, nichts geändert hat. Hindenburg wird nur die Entwicklung des deutschen Großkapitals, die die Sozialdemokratie unter der Aera Eberts eingeleitet und geschützt hat, mit seinem Namen decken. Die Entwicklung der Bedingungen, die der Versailler Vertrag, die die Londoner Konferenz Deutschland auferlegt hat, wird sich in der Linie der Wiederaufbauversuche des internationalen Kapitals vollziehen. Die Frage der Sicherheit und der Aufnahme in den Völkerbund wird auch in gleicher Weise von den deutschen großkapitalistischen Bestrebungen im Interesse des Profits abhängen. Stresemann sagt darüber folgendes:

„Nach unserer Auffassung gehört nicht nur eine vertragliche Regelung von Regierung zu Regierung, sondern darüber hinaus eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Industrien zu den wichtigsten Voraussetzungen einer dauernden Befriedung Europas. Die Reichsregierung wird allen Bestrebungen in dieser Richtung die eifrigste Förderung angedeihen lassen."